

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder
sowie der freien eingeschriebenen Hilfsklasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 26.

Erscheint alle Sonnabend.
Abonnementspreis 1.50 Mk. pro Quartal
Redaktion und Expedition: Hamburg 22,
Schmalenbekerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622.

Hamburg,

Sonnabend, 27. Juni 1908.

Anzeigen kosten die 4 gespaltene Zeile
oder deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist
stets vorher einzusenden.)
.. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

22. Jahrg.

Kollegen! Seid Euch stets bewußt, daß unsere wichtigste Aufgabe die Festigung und Stärkung unseres Verbandes ist. Darum agitiert, organisiert, klärt die indifferenten und noch wankelmütigen Kollegen auf! Laßt die jetzige günstige Zeit nicht ungenutzt vorübergehen!

Nedensarten.

In seinem Faust-Drama legt Goethe dem Mephistopheles, dem Geiste, der stets verneint, den Satz in den Mund: „Mit Worten läßt sich trefflich streifen, mit Worten ein System bereiten“. In diesen echt mephistophelischen Ausspruch wird man erinnert, wenn man einen Blick tut in die geistige Werkstatt der Lokalorganisierten Gewerkschaften. Es werden dort viel Worte gemacht, manchmal auch recht schöne Worte, aber das ist auch alles, denn hinter der Schaumschlägerei verbergen sich buntschillernde Seifenblasen, die beim ersten Anprall zerplatzen. Wir wollen diese unsere Behauptung an einem Beispiele erweisen.

In Hamburg wurde in den letzten Tagen ein Flugblatt verbreitet, das seine Spitze gegen die Zentralorganisationen richtete und für die Lokalorganisationen Propaganda machen sollte. Vielleicht war dies Flugblatt auch dazu bestimmt, den in Hamburg tagenden Gewerkschaftskongress feierlichst zu begrüßen. Sollte diese Absicht vorgelegen haben, so würde es allerdings den Eindruck machen, als ob ein Hund den Mond anbellt.

Das Flugblatt hebt folgendermaßen an:

„Angesichts der überall auch in Hamburg herrschenden Notlage der arbeitenden Bevölkerung wenden wir uns an die Öffentlichkeit und fordern alle, ob organisiert oder nicht, auf, endlich einmal den Stumpf sinn abzulegen und nicht zu hoffen, daß das gütige Schicksal oder sonst eine geheimnisvolle Macht unsere gedrückte Lage bessern wird. Speziell den in den Zentralverbänden Organisierten möchten wir ans Herz legen, nicht alles ihren Herren Beamten zu überlassen, denn wohin das führt, sieht jeder, der Augen hat zu sehen, an den in letzter Zeit gewesenen Lohnbewegungen. Wir erinnern an die Hafnarbeiterausperrung, Werftarbeiterbewegung, Seelente, Heizer und Maschinenisten, welche traurige Erfolge!“

Der Artikelschreiber wendet hier in seiner Einleitung die allbeliebte Lokalistenmethode an, indem er die Schuld an den traurigen Ergebnissen verschiedener Lohnbewegungen den „Herren Beamten“ zuschreibt. Dies ist ebenso gestreicht, wie wenn andere Leute die Schuld an irgend einem Mißerfolge dem „lieben Herrgott“ in die Schuhe schieben. Aber es ist sehr bequem, die Beamten als die Prügelnungen hinzustellen für Verhältnisse, die ganz außerhalb ihres Machtkreises und ihres Einflusses liegen. Nach der Logik der Herren Lokalisten liegt die Ursache des Mißlingens der erwähnten Lohnbewegungen nicht in der Uebermacht des Großkapitals, die sich gerade in den Schiffsbetrieben bemerkbar macht, sie liegt auch nicht in der mangelhaften Organisation der betreffenden Arbeiter oder in dem massenhaften Zuzug von Streikbrechern, sie liegt auch nicht in der augenblicklichen schlechten Konjunktur — die Beamten haben Schuld, denn man sieht ja, wohin es führt, wenn man ihnen alles überläßt. Glaubt der Herr Artikelschreiber wirklich, daß es in Hamburg — außer ihm und seinen Gesinnungsgenossen — auch nur einen einzigen Arbeiter gibt, der dumm genug ist, auf einen solchen Blödsinn hereinzufallen? Wir glauben dies nicht, weil wir die Hamburger Arbeiter besser kennen. Die Hamburger Arbeiter schimpfen wohl manchmal auf ihre Beamten, mit oder ohne Grund, das liegt nun einmal in der menschlichen Natur begründet und darf nicht so tragisch genommen werden, aber den Beamten die Schuld an dem schlechten Ausgang einer Lohnbewegung zuzuschreiben, diese pyrami-

dale Dummheit bringt eben nur ein lokalistischer Phrasendrescher fertig, der von Logik keine Spur hat und das Kausalitätsgesetz nicht einmal von Hörensagen kennt.

Sodann nimmt sich der Artikelschreiber die kürzlich abgeschlossenen Tarife vor, die keine Verbesserung des Lohnes und der Arbeitszeit gebracht hätten. Diese Behauptung ist direkt unwahr, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß. In den Tarifverträgen ist teilweise eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt worden, was in Anbetracht der augenblicklichen Verhältnisse doch immerhin als ein Erfolg bezeichnet werden muß. Die Hauptsache aber ist, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie zu verhindern. In den früheren Jahren trat beim Eintritt einer rückläufigen Konjunktur regelmäßig eine solche Verschlechterung ein, nunmehr aber ist es zum ersten Male gelungen, dem Verlangen der Arbeitgeber in dieser Richtung einen erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen. Diese „Bremsarbeit der Herren Beamten“ kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden, und in der Tat bilden die letzten Tarifverträge einen Damm gegen die kapitalistische Ueberflutung, hinter dem die Arbeiter neue Kräfte sammeln, um neue Erfolge zu erringen und neues Land einzuhegen zu können. Von diesen indirekten Erfolgen haben die lokalistischen Quertreiber gar keine Ahnung, da sie durch ihre Scheuklappen gehindert werden, mit Umsicht die tatsächlichen Verhältnisse zu überblicken.

Vor allen Dingen jammert der Artikelschreiber, daß durch die Tarifverträge eine Verkürzung der Arbeitszeit unmöglich gemacht werde. „Die Verkürzung des Achtstundentages“, so meint er, „ist dadurch hinfällig geworden, daß die Verbandsführer damit einverstanden waren, daß laut Tarif: „Eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nicht gestattet ist; wo die Arbeitszeit bereits kürzer ist, darf sie nicht weiter verkürzt werden.“ So, damit basta!“ Das heißt also nach dem Gesetz der Logik: „Wenn die Verbandsführer der vorstehenden Bestimmung nicht zugestimmt hätten, so wäre die Verkürzung des Achtstundentages möglich gewesen!“ Das glaubt doch kein vernünftiger Mensch und man braucht diesen Satz nur auszusprechen, um den darin liegenden Widerspruch deutlich zu erkennen. Daß es bislang noch nicht möglich gewesen ist, den Achtstundentag zu erringen, hat ganz andere Gründe, so daß die Verbandsführer schweren Herzens in Anbetracht der niedergehenden Konjunktur auf eine Arbeitszeitverkürzung vorläufig verzichtet haben.

Dagegen helfen keine Nedensarten und keine hochtrabenden Erwägungen. Gedanken bewegen sich leicht im Gehirne, sagt der Dichter, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Und Tatsachen sind harte Köpfe Dinge, an denen die schönsten Nedensarten zerfallen. Man lese nur: „Solange es eine Arbeiterbewegung gibt und seitdem Arbeiterorganisationen bestehen, ist deren Hauptbestreben darauf gerichtet, die Arbeitszeit zu verkürzen. Volkswirtschaftslehrer haben nachgewiesen, daß eine Arbeitszeit auch unter acht Stunden vollauf genügt, um alles herzustellen, was die Menschheit bedarf. Hygieniker und Ärzte haben Bücher vollgeschrieben über die Schädlichkeit der langen Arbeitszeit. Menschenfreunde, denen der Jammer der Arbeitslosigkeit das Herz zerschneidet, rechnen in Zahlen

aus, wieviel Arbeitsgelegenheit, und somit Brot geschaffen werden könnte, wenn die Arbeitszeit gekürzt würde. Das alles hat die Händlerkalt gelassen.“

Hui Teufel, diese kaltherzigen „Händler!“ Sie haben sich nicht gekümmert um die Weisheit der Volkswirtschaftslehrer, sie waren taub gegen die Mahnungen der Hygieniker und Ärzte, sie verhärteten ihr Herz gegen die Klagen der Menschenfreunde — mit einem einzigen Federstrich haben sie alles das vernichtet, was die Arbeiterbewegung von jeher erstrebt hat. Hui Teufel noch mal, diese elenden Verbandsführer! Aber glaubt denn die lokalistische Geistesgröße im Ernst, daß sie mit derartigen Phrasen einen Menschen überzeugen könne? Das ist eben der Unterschied, der einer bloßen Nedensart und einer Tatsache. Es verschlägt blutwenig, daß sämtliche Volkswirtschaftslehrer, Ärzte, Hygieniker und Menschenfreunde die wohltätige Wirkung des Achtstundentages preisen, wenn die Arbeiter nicht imstande sind, sich den Achtstundentag zu erkämpfen. Die Unternehmer lachen über alle Weisheit für die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung, aber vor der Macht der starken Arbeiterorganisationen weichen sie schrittweise zurück. Und wenn wir heutzutage eine allmähliche Verkürzung des Arbeitstages beobachten, so ist das nicht den Gründen der Menschenfreunde zuzuschreiben und am allerwenigsten den Nedensarten der lokalistischen Quertreiber, sondern lediglich dem zähen, unablässigen Kampfe der Gewerkschaften. Nur die Macht gewährt Rechte und nur diejenigen Arbeiter haben das Recht auf hohen Lohn und kurze Arbeitszeit, die sich dies Recht erkämpfen können. In dieser Hinsicht traf unser Kollege Zöbner der Nagel auf den Kopf, als er in der letzten Hamburger Mitgliederversammlung sagte: „Es kommt im heutigen Wirtschaftsleben ja gar nicht darauf an, ob ein Arbeiter mit seinem Lohne auskommen kann, sondern es kommt darauf an, ob er sich einen besseren Lohn erkämpfen kann.“ So liegt es auch mit allen anderen Lohn- und Arbeitsbedingungen und daran werden auch die Phrasen der Lokalisten nichts ändern.

Zum Schluß untersucht der Artikelschreiber, warum die Arbeiter keinen Einfluß haben auf die Besserung der erbärmlichen Zustände. Und er antwortet:

„Weil sie sich graulich machen lassen mit dem Gespenst der Aussperrung. Die Verbandsbeamten haben ja ein gewisses Interesse daran, daß die Kassen hübsch gefüllt bleiben, denn das sichert ihnen ja ihren Lebensunterhalt, sie bekommen nicht besser wieder, wenn sie einmal ihren Posten verlieren. Deshalb diese Sehnsucht nach Ruhe in den Zentralverbänden.“

Auf das Geschwätz von Ruhebedürfnis in den Gewerkschaften brauchen wir wohl nicht einzugehen. Bei den heutigen zahlreichen Kämpfen im Wirtschaftsleben haben die Gewerkschaftsleiter wahrhaftig eine Ruhe wie ein Mann, der sich zur Ruhe gesetzt hat und Landbriefträger geworden ist. Es ist der reine Hohn, von Ruhe sprechen zu wollen, wenn Streiks und Aussperrungen wie Pilze aus der Erde schießen.

Und dann kommt der Knalleffekt:

„Arbeiter, an euch alle, die ihr von dem Gedanken besetzt seid, mitzuarbeiten an der Befreiung der Menschheit aus der kapitalistischen Sklaverei und Abhängigkeit, ergeht der Ruf: Schließt euch solchen Gewerkschaften an, wo die Führer den Willen der Mitglieder auszuführen haben. Nicht wo ihr nur zu zahlen und zu schweigen habt, ist euer Platz, sondern da, wo eure Meinung

achtet wird. Das geschieht nur in der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Wir sind überzeugt, daß nicht viele Arbeiter diesen Doktrinen folgen werden, denn das Klassenbewußte Proletariat erkennt allmählich, welche Gewerkschaften durch die Tat ihre Existenznotwendigkeit beweisen und wo man mit Nebenarten arbeitet, die keinen Hund hinterm Ofen weglocken. Von Nebenarten ist noch kein Mensch satt geworden und die lokalistischen-anarchistischen Phrasen sind das Papier nicht wert, worauf sie gedruckt werden.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1907.

Aus kleinen Anfängen vor gut einem Jahrzehnt haben sich die Arbeitersekretariate, diese gewerkschaftlichen Institutionen, in ihrer Gesamtheit sich zu einem wahren Kulturwerk aufgebaut, zu einem sozialen Bau, dessen Bedeutung und Größe dem kritischen Beobachter um so erheblicher erscheinen muß, als ihm bei der Betrachtung die Schwierigkeit des Aufbaues, die geringen Mittel, Drangsalierung und Unterdrückung der am Aufbau des Werkes Arbeitenden zum Bewußtsein kommt. Und noch ist das Werk nicht beendet. Unermüdet ist die organisierte Arbeiterschaft tätig, um neue Säulen zu errichten, den Bau zu erweitern, zu vervollkommen.

Nach der in Nr. 20 des „Korrespondenzblattes“ veröffentlichten Statistik über die Tätigkeit, den Umfang, die Einrichtung und die Entwicklung der Arbeitersekretariate sind nach jeder Richtung hin Fortschritte zu verzeichnen.

Am Ende des Jahres 1907 betrug die Zahl der von den Gewerkschaften unterhaltenen Arbeitersekretäre 96 gegenüber 85 am Schlusse des Jahres 1906. Von den Gewerkschaftsstellen werden ferner insgesamt 132 Rechtshilfsstellen unterhalten, so daß die Gesamtzahl der von den organisierten Arbeitern unterhaltenen Rechtshilfsstellen insgesamt am Schlusse des letzten Jahres insgesamt 228 betrug. Von den 96 Arbeitersekretariaten befinden sich in Preußen 55, in Bayern 10, in Sachsen 6, in den thüringischen Staaten zusammen 5, in Baden 2, in Hessen 4, im Rheinischen Staatsgebiet 3, in Anhalt 2, Württemberg, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Lübeck, Hamburg und Elb-Lothringen besitzen je ein Arbeitersekretariat.

Der Verband der Bergarbeiter unterhält und verwaltet 9 Sekretariate, die jedoch nicht nur den Mitgliedern des Verbandes, sondern allen Organisierten Hilfe leisten und teilweise auch von Gewerkschaftsstellen mit unterstützt werden. Finanziell sind die Gewerkschaftskartelle an 84 Arbeitersekretariaten beteiligt. Die Generalkommission unterhält zwei Arbeitersekretariate, unterstützt jedoch eine Anzahl von ihnen darüber und wendet alljährlich nicht unbedeutende Mittel auf für Gründung und einmalige Unterstützung von Sekretariaten und Rechtshilfsstellen. Die von den Gewerkschaftskartellen zur Unterhaltung der Sekretariate erhobenen Beiträge schwanken zwischen 20 M und 156 M pro Mitglied und Jahr. Nicht alle Kartelle erheben solche Extrabeiträge, sondern heftigen die Unterhaltungskosten der Sekretariate aus der Kartellkasse, in die dann auch alle Einnahmen und Aufwendungen für das Sekretariat fließen. In 35 Orten tragen die Organisationen der sozialdemokratischen Partei und in 12 Orten die Parteipresse zur Unterhaltung der Arbeitersekretariate bei. Das Arbeitersekretariat in Nürnberg ist staatlich und sind Gewerkschaft und Partei finanziell daran unbeteiligt, während die Sekretariate in Bant und Gotha vom Staate und von den Gemeinden unterstützt werden. Auch das Sekretariat in Kottbus wurde im letzten Jahre, wenn auch in sehr minimaler Weise (50 M Jahreszuschuß) von der Gemeinde unterstützt.

69 Sekretariate erteilen Auskunft an alle Personen ohne Unterschied, während 27 Sekretariate nur an Organisierte oder deren Angehörige Auskunft erteilen. Die

meisten Sekretariate übernehmen auch Vertretungen vor den Gewerbegerichten, den Instanzen der Arbeiterversicherung usw., selbstverständlich unentgeltlich.

Die Sekretariate wurden insgesamt von 419 832 Auskunftsuchenden in Anspruch genommen. Das ist eine Zunahme gegen das Vorjahr um 54 701. Die Zahl der Besuche und schriftlichen Auskunftsgehe ist von 397 250 im Jahre 1906 auf 447 361 im Jahre 1907 gestiegen und die Zahl der erteilten Auskünfte, die 1906 382 261 betrug, ist 1907 auf 438 213 angewachsen. Von den Auskunftsuchenden waren 401 950 Arbeiter und Angehörige derselben, und zwar 339 803 männliche und 62 147 weibliche. Die übrigen 15 853 Auskunftsuchenden Personen waren Arbeitgeber, selbständige Gewerbetreibende und sonstige, nicht der Arbeiterklasse angehörende Personen. Außerdem nahmen 2029 Vereine und Korporationen die Hilfe der Arbeitersekretariate in Anspruch. 305 599 = 63,45 Proz. der Auskunftsuchenden wohnen am Orte des Sekretariats und 111 707 = 36,55 Proz. kamen aus anderen Orten. 17 Sekretariate wurden mehr oder auswärts wohnenden Personen in Anspruch genommen, als von solchen, die ihren Wohnsitz am Orte des Sekretariats hatten. Von insgesamt 38 808 Besuchern dieser 17 Sekretariate wohnten 26 247 = 68,91 Proz. nicht am Orte des Sekretariats.

Die Frage nach der Zugehörigkeit der politischen Organisation wird nicht in allen Sekretariaten an die Auskunftsuchenden gerichtet. Von 76 Sekretariaten konnte jedoch darüber berichtet werden. Von den Besuchern dieser Sekretariate waren insgesamt 21 979 politisch organisiert. In 44 Sekretariaten betrug die Zahl der politisch organisierten Besucher noch nicht 5 Proz. Den höchsten Prozentsatz der politisch organisierten Besucher (65 Proz.) verzeichnet das Sekretariat in Nordhausen. In Hamburg und Peitz waren 47 Proz. der Besucher politisch organisiert. Die Zugehörigkeit der Besucher zur gewerkschaftlichen Organisation wird von allen Sekretariaten festgestellt, und es beträgt die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Auskunftsuchenden 261 438 oder 63 Proz. aller die Sekretariate in Anspruch nehmenden Personen.

Von den im Jahre 1907 erteilten Auskünften entfallen auf die Arbeiterversicherung 130 447 = 29,8 Proz., Bürgerliches Recht 127 762 = 29,2 Prozent, Arbeits- und Dienstvertrag 97 597 = 15,5 Prozent, Strafrecht 32 833 = 7,5 Prozent, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht 57 719 = 13,1 Prozent, Handels- und Gewerbsachen und Privatversicherung 6362 = 1,4 Prozent, Arbeiterbewegung 7412 = 1,7 Prozent und sonstige Sachen 8031 = 1,8 Proz. Von den 130 447 in bezug auf Arbeiterversicherung erteilten Auskünften entfallen auf die Unfallversicherung 79 244 = 60,7 Prozent, Krankenversicherung 24 338 = 18,7 Prozent, Invalidenversicherung 23 927 = 18,3 Prozent, und Knappschaftsrenten 2938 = 2,3 Proz. Die Gesamtzahl der in den Jahren 1901 bis 1907 erteilten Auskünfte beträgt 1 931 769. Davon in bezug auf die Arbeiterversicherung 570 350 = 29,5 Prozent. Schriftsätze wurden in diesem Zeitraum 472 130 angefertigt und im Jahre 1907 allein 105 015. Von den letzteren entfallen auf die Arbeiterversicherung 37 023 oder 35,3 Prozent. Die gesamte Frequenz der Arbeitersekretariate während der Jahre 1901 bis 1907 gestaltete sich wie folgt:

Table with 6 columns: Jahr, Sekretariate, Gesamtzahl der Auskunft und Rechtshilfe Suchenden, Gesamtzahl der Fälle, in denen Auskunft und Rechtshilfe gewünscht wurde, Gesamtzahl der angefertigten Schriftsätze, Von den Schriftsätzen betrafen die Arbeiterversicherung. Rows for years 1901-1907 and a total row.

zelle Zellen ihre Entwicklungsfähigkeit bewahren und, wenn sie losgelöst sind, einfach zum Ebenbild des Organismus, von dem sie sich abschürten, heranwachsen können. Sie sind eigentlich nur selbständig gewordene Teile des Stammmesens, Plasma von feinem Plasma. Man könnte bei ihnen auch von einem Wachstum über das individuelle Maß hinaus sprechen.

Ganz anders liegen die Dinge bei der geschlechtlichen Fortpflanzung. Hier ist der Nachkomme Plasma von zweierlei Plasmen, hier liegt keine einfache Vererblichkeit, sondern eine Mischung vor, aus der etwas Neues hervorgeht. Schon bei einzelligen Lebewesen zeigen sich geschlechtliche Vorgänge. Das Wesen derselben ist darin zu sehen, daß die betreffenden Individuen mit anderen Individuen Teile ihres Protoplasmas gegenseitig austauschen, wozu sie sich eng aneinander legen, und erst dann, wenn der Austausch vollendet ist, trennen sie sich wieder voneinander, um sich nun — jedes für sich — durch Selbstteilung fortzupflanzen. Man bezeichnet diesen Vorgang als Kopulation. Bei manchen einzelligen Lebewesen findet auch eine vollständige Verschmelzung von zwei Individuen zu einem statt, und darauf beginnt erst eine besondere lebhaft, ungeschlechtliche Vermehrung durch Zerteilung. Wichtig ist es nun, bei diesen Kopulations- und Verschmelzungsprozessen festzustellen, daß die beiden zeitweise oder dauernd sich vereinigenden Einzelleben noch vollkommen gleich sind. Sie unterscheiden sich noch nicht als männliche und weibliche Geschlechtszellen voneinander.

Diese Unterscheidung von männlich und weiblich tritt erst bei den geschlechtlich sich fortpflanzenden vielzelligen Lebewesen auf, die, weil sie im Geschlechtsakt nicht ohne weiteres sich miteinander verschmelzen können, bestimmte Zellen ihres Körpers, die in den Geschlechtsorganen gebildet werden, den Fortpflanzungsprozess absondern vermögen. Die von den weiblichen Individuen absonderten Geschlechtszellen sind groß, meist vollgestopft mit Nahrung für das zukünftige Lebewesen und demgemäß meist gar nicht selten schwerfällig beweglich. Sie werden als Eizellen bezeichnet. Die von den männlichen Individuen gebildeten Geschlechtszellen hingegen sind sehr klein, fast stets mittels besonderer Bewegungsorgane, den sog. Geißeln, beweglich. Sie werden in ungeheurer Menge erzeugt, schwärmen lebhaft und suchen, von besonderen

Ueber persönliche Vertretungen vor den Gerichten haben 64 Arbeitersekretariate Angaben gemacht. Die Gesamtzahl der von diesen wahrgenommenen Vertretungen beträgt 3175, wovon 2159 = 68 Prozent in Arbeiterverhandlungssachen erfolgten. Die meisten Vertretungen hatte das Sekretariat in München, nämlich 533.

Von den 132 gewerkschaftlichen Rechtsauskunftsstellen haben 123 über die erteilten Auskünfte berichtet. Insgesamt wurden von diesen im letzten Jahre 26 272 Auskünfte erteilt. Für 21 280 dieser Auskünfte sind Angaben über die Art derselben gemacht. Darnach betrafen die Arbeiterversicherung 7197, Arbeits- und Dienstvertrag 3377, Bürgerliches Recht 3184, Strafrecht 1184, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 2346 und sonstige Sachen 893. Die gesamte Tätigkeit der Arbeitersekretariate und gewerkschaftlichen Rechtsauskunftsstellen in den letzten zwei Jahren mögen folgende Zahlen veranschaulichen:

Table with 3 columns: Zahl der Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen in den Jahren, Gesamtzahl der erteilten Auskünfte u. Fälle der Rechtshilfe, Zunahme der Auskünfte z. gegen das Vorjahr. Rows for years 1906/1907 and a total row.

Die Zahl der Orte mit Einrichtungen für Auskunftserteilung und Rechtshilfe betrug hat sich um 29 und die Zahl der erteilten Auskünfte um 60 057 vermehrt.

Angaben über die Klassenverhältnisse sind nur von 88 Sekretariaten gemacht. Die gesamten Einnahmen derselben betragen im letzten Jahre 428 372 M, denen eine Gesamtausgabe von 368 132 M gegenübersteht. Durch Beiträge der beteiligten Gewerkschaften wurden 289 384 M aufgebracht, an Zuschüssen aus den Kassen der Kartelle und der Gewerkschaften wurden 18 667 M gezahlt, die Zuwendungen aus Mitteln der Partei, der Parteipresse und sonstigen Arbeiterunternehmungen betragen 19 411 M und die sonstigen Einnahmen ergaben insgesamt 20 910 M. Veranschlagt wurden an Gehältern und persönlichen Entschädigungen 243 989 M, für Bureauumiete, Heizung, Beleuchtung der Bureauräume 46 866 M, für Bücher und Drucksachen 37 744 M. Die sonstigen Ausgaben betragen insgesamt 48 533 M. Auch über die Anstellungs- und Befolungsverhältnisse der Arbeitersekretariate und über die Bureaueinrichtungen gibt die Statistik in diesem Jahre Auskunft. Nach ihren Einrichtungen sind die Sekretariate geteilt in solche mit festangestellten und vollbesetzten Sekretären und in solche, die im Nebenamt verwaltet werden. In 76 Sekretariaten mit vollbesetzten Sekretären sind 115 Beamte und Hilfsarbeiter tätig. Für 110 Angestellte sind die Jahresgehälter angegeben und es hatten von diesen im Berichtsjahre 31 weniger als 2000 M, 47 Angestellte 2000 bis 2400 M und 32 Angestellte mehr als 2400 M Jahresgehalt. Das höchste Gehalt betrug 3000 M. Die tägliche Arbeitszeit in den Sekretariaten beträgt meistens 8 Stunden, doch kommt vereinzelt auch 10stündige Arbeitszeit vor. 22 Sekretariate sind auch Sonntags für das Publikum geöffnet, und 8 trägt die Bureauzeit an Sonntagen zwischen 1 und 9 Stunden. Erholungsferien erhalten die Angestellten in allen Sekretariaten mit Ausnahme derjenigen in Kassel, Gotha, Vandesbut und Minden. Die Sekretariate in Kassel, Dortmund, Frankfurt, Königsberg und München gewähren ihren Angestellten jährlich 3 Wochen Ferien, 12 Sekretariate dagegen nur eine Woche. Alle übrigen gewähren 14 Tage Ferien.

Außer den von den freien Gewerkschaften mit Unterstützung der Partei unterhaltenen Arbeitersekretariaten und Auskunftsstellen bestehen in Deutschland noch eine ganze Reihe gegnerischer Unternehmungen, die angeblich dieselben Zwecke verfolgen, bei Nichte betrachtet jedoch mehr oder weniger der Bekämpfung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie dienen. So bezeichnen einige der christlichen Arbeitersekretariate als ihre Hauptaufgabe

Instinkten geleitet, die Eizellen auf. Sie werden als Samenzellen oder Spermatozoen bezeichnet.

Bei den niederen im Wasser lebenden Tieren, aber auch noch bei den Fischen und Fröschen läßt das Weibchen die Eier ins Wasser treten und auch das Männchen entleert seine Samenzellen ins Wasser und hier, also außerhalb des mütterlichen Organismus, findet die Befruchtung statt, während bei den Landtieren, z. B. Insekten, Säugtieren usw. besondere Einrichtungen und Organe vorhanden sind, um die Samenzellen in das Innere des weiblichen Organismus zu schaffen, wo dann die Befruchtung erfolgt.

Fast bei allen Lebewesen ist Geschlechtlichkeit nachgewiesen worden. Da, wo sie nicht bekannt ist, wie bei den Bakterien, vielen Pilzen, einigen Algen usw., ist vielleicht anzunehmen, daß sie sich bisher der Entdeckung entzogen hat, oder daß sie wieder verloren gegangen ist. Im einfachsten Falle werden männliche und weibliche Zellen in ein und demselben Individuum erzeugt. Solche Lebewesen bezeichnet man als Zwitter oder Hermaphroditen. Schnecken, Muscheln, Blutegel, Regenwürmer sind Zwitter. Von höheren Tieren sind, abgesehen von einigen sehr seltenen Abnormitäten, nur der Seebarth und ein anderer den Neunaugen verwandter Fisch als Zwitter bekannt. Unter den höheren Pflanzen ist jedoch bei weitem die Mehrzahl zwittrig. Bei allen andern Lebewesen haben sich aber die Geschlechter getrennt; die eine Form bringt nur männliche, die andere nur weibliche Geschlechtszellen hervor.

Was das Verhältnis der ungeschlechtlichen zur geschlechtlichen Fortpflanzung anlangt, so zeigen viele Lebewesen beide. Viele Pilze z. B. bilden zu Zeiten außer ihren ungeschlechtlichen Sporen solche, die auf geschlechtlichem Wege durch Verschmelzung zweier Zellen entstehen. Sehr verbreitet ist die Erscheinung, daß in der Reihe der Generationen mit geschlechtlicher und ungeschlechtlicher Fortpflanzung abgewechselt wird. Geschlechtslose Individuen bringen auf ungeschlechtlichem Wege geschlechtliche hervor, die durch einen sexuellen Prozess wieder geschlechtslos erzeugen. Man bezeichnet diesen Vorgang als Generationswechsel. Zum ersten Male festgestellt wurde er von dem Dichter Chamisso auf seiner Seereise an einer Salpennart. Generationswechsel kommt vor bei vielen Quallen, bei Darmwürmern und bei Farrentäutern.

Die Fortpflanzung der Lebewesen.

Von M. S. Baer (Wilhelmshagen).

(Nachdruck verboten.)

Wir unterscheiden zwei Hauptarten von Fortpflanzung, nämlich die ungeschlechtliche oder vegetative und die geschlechtliche oder sexuelle Fortpflanzung. Die einfachste Form der ungeschlechtlichen Fortpflanzung ist die Teilung. Durch sie vermehren sich viele einzellige, z. B. Infusorien, Schlemiere, Batterien und viele einfache Algen. Deren Leib zerfällt kurzerhand in zwei oder mehr ziemlich gleich großer Stücke. Die Eigenschaft, sich einfach durch Teilung zu vermehren, ist den vielzelligen Tieren bis auf einige Fälle, wie z. B. eine Wurmart, verloren gegangen. Hier hat die ungeschlechtliche Vermehrung andere Wege eingeschlagen. Bei den Süßwasserpolypen wie auch bei den Korallenpolypen wächst seitlich ein kleiner Auswuchs hervor, welcher allmählich zum verkleinerten Ebenbild des Muttertieres wird. Bei den Korallen bleibt der Sprößling am Stiel, bei den Süßwasserpolypen löst er sich los. Man bezeichnet diese Art der Vermehrung als Knospung. An die Fortpflanzung der Korallentiere läßt sich am ungezwungensten die der höheren Pflanzen, bei denen Knospung sehr häufig ist, anschließen. Die einzelnen Pflanzenknospen, die eigentlich Unterindividuen darstellen, sind bei den meisten Pflanzen, wenn sie aus dem Verbande des Ganzen gelöst werden, unter günstigen Bedingungen entwicklungsfähig. Die Gärtnerin macht von der vegetativen Vermehrung der Pflanzen den ausgiebigsten Gebrauch. Die Stecklinge stellen ja nichts weiter dar, als einzelne isolierte Unterindividuen eines Pflanzenstodes.

In allen diesen Fällen besteht der Vermehrungskörper aus vielen Zellen. Bei niederen Pflanzen ist aber eine ungeschlechtliche Vermehrungsart sehr weit verbreitet, die in der Ablösung einzelner isolierter Zellen besteht. Sie werden meist in sehr großer Anzahl gebildet. Bei manchen Algen bilden sich z. B. im Innern bestimmter Zellen eine Anzahl kleiner Tochterzellen, die mit feinen Fäden getrennt aneinander sind und nach dem Platzen der Zellhaut davon schwärmen. Man bezeichnet diesen Vorgang als Schwärmereibildung. Das gemeinsame Merkmal aller ungeschlechtlichen Vermehrungsprozesse liegt darin, daß einzelne Teile oder ein-

„Bekämpfung der Sozialdemokratie“ oder „die Gewinnung von Mitgliedern für die Idee des Verbandes katholischer Arbeitervereine“.

Echt christlich.

Stolz wie ein Spanier verkündete der christliche Zentralvorstand im Streifenblatt des Gewerbezugs zu Berlin, der christliche Malerverband zähle 3757 Mitglieder.

Nach dem uns vorliegenden Bericht will der christliche Malerverband seine Mitgliederzahl von 2577 (1906) auf 3352 (1907) im Jahresdurchschnitt erhöht haben.

Dieser kann nach unserem Dafürhalten nicht geschwindelt werden und versichern wir nicht, wie man obige Aufstellung im Zentralblatt veröffentlicht kann.

Sehr interessant ist auch eine Art von Fortpflanzung, die wir noch kurz erwähnen wollen, das ist die Jungferzeugung oder Parthenogenese.

„Wahr sind die hochgespannten Erwartungen, die wir bezüglich der Zunahme der Mitgliederzahl hegen.“

Die Mitgliederzahlen sind aber noch ungünstiger, da die meisten Filialen außer dem Pflichtbeitrag noch Lokalaufschläge erheben, die nicht mit verrechnet sind.

Auf unsere Ausführungen zur Jahresabrechnung in Nr. 33 des V.-M. im Jahre 1907 schrieb „Der Deutsche Maler“ in seiner Nr. 18 des Jahres 1907 wörtlich:

„Es ist nach dieser klaren Beweisführung keine Mitgliederzunahme, sondern ein Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen.“

„Aber so muß geschwindelt werden, um der Öffentlichkeit und den Mitgliedern gegenüber mit einer „hohen“ Mitgliederzahl und den gemachten Fortschritten Sand in die Augen zu streuen.“

Der Verband der Maler vereinnahmte im Jahre 1907 900 411,80 M., dem eine Ausgabe von 763 588,73 M. gegenübersteht.

Die mangelhafte Kassensführung in der christlichen Organisation wurde im vorigen Jahre dem Umstande zugeschrieben, daß der Hauptkassierer im Nebenamt die Kasse verwaltete.

Die Einnahme beträgt 43 932 M. Die Ausgabe beträgt 37 297 M.

Mithin Ueberschuß 6 635 M. Hierzu kommt das Vermögen vom vorig. Jahr 4 961 M.

Demzufolge Kasseebestand 11 596 M. angegeben. Sollte das ein Druckfehler sein?

Der Bericht im Zentralblatt beschäftigt sich auch mit unserer Organisation, indem folgendes ausgesprochen wird: „In den letzten Wochen glaubte der sozialdemokratische Malerverband in Süd- und Mitteldeutschland noch ein ähnliches Exempel statuieren zu können.“

Diese Ausführung entspricht nicht der Wahrheit. In dem Bericht in Nr. 13 „Der Deutsche Maler“ heißt es sogar u. a.:

„Geben wir auch Melcher das Wort, dem Vertreter der Organisation, mit dem wir nach dem Zentralblatt nicht verhandeln wollten.“

Wenn weiter gelagt wird, daß wir durch unser „unvernünftiges“ Verhalten über 100 000 M. los geworden sind und ein Teil der Mitglieder ihre Arbeit verloren haben, so zeugt dies ebenfalls von einer vollständigen Unkenntnis der Dinge.

Zur Wohnungsfrage.

I.

Wer es heute unternimmt, den kritischen Maßstab an irgend eine gesellschaftliche Einrichtung zu legen, der wird — welcher Natur sie auch sein mag — zu dem Ergebnis kommen müssen, daß ihre Unvollkommenheiten in der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise begründet sind.

Die Konzentration der Industrie und des Handels hat das ihrige getan, um jene Wucherpreise und Wuchersätze namentlich in den Großstädten auf eine mitunter wahnwitzige Höhe zu bringen.

Die Arbeiterchaft zahlt die Wuchersätze einmal in Gestalt der eigenen Wohnmieten und ferner im Kaufpreis der Waren.

Diese Wohnungsverhältnisse sind infolge jener oben bezeichneten Spekulation fast durchweg ganz jämmerliche, menschenunwürdige, vielfach direkt lebensgefährdende.

Auch in sittlicher Beziehung entstehen Gefahren, besonders für die Jugend, wenn diese gezwungen ist, dauernd in allerhöchster Nähe der Erwachsenen zu leben.

Sollen wir noch von der Schönheit, von dem Schmuck, von der Aesthetik der Arbeiterwohnungen reden? Gewiß: es gibt Arbeiterfrauen, die es auf irgend eine Weise fertigbringen, aus einer Stube und einer Küche zwei kleine Schmuckkästchen zu machen.

Sie kennen es nicht anders! Das ist der bequeme Trost des denkfaulen Philisters.

Wir wandern hinaus vor das Tor der Großstadt. Ein seltsamer Anblick wird uns: wir sehen eine seltsame

Stadt sich nach allen Seiten dehnen, die sich an die letzten Ausläufer der Großstadt, an hochragende Mietkasernen anlehnen und im Vergleich zu diesen wie ein Liliputland aussehend. Da ist ein Fleckchen Erde neben dem andern abgezäunt: ein paar Korbhölzer, Gurken und anderes Gemüse, ein paar Blumen wachsen hier auf sorgsam gepflanzten Beeten. Und eine mühsam aus alten Brettern gezimmerte Laube steht in jedem dieser kleinen Gärten und hier gräbt, pflanzt, gießt und erntet der großstädtische Arbeiter mit seinen Angehörigen, ja, mancher schlägt den Sommer über hier sein Lager auf; denn dies Stückchen Natur muß ihm die Sommerfrische ersetzen. Warum das alles? Weil sie ihren modernen Mietshöhlen entfliehen wollen.

Ober: geht an einem Sommer-Sonntage auf einen Bahnhof. Ganz gleich auf welchen. Überall wälzen sich die Menschenmassen wie ungeheure Schlangen heran, stürmen die Bänke und harren in meist qualvoll-süchtlicher Erge auf dem Moment, wo sie hinausströmen können ins Freie, ins Grüne, ins Helle und Sonnige. Zu Behnstandenden sind sie unterwegs, die Lusthungerigen, die Freiheitsdürstigen, und alle Beförderungsmittel reichen nicht aus, um sie hinauszutragen, so daß mitunter regelrechte Platzkämpfe mit Stöcken und Schirmen entstehen. Tausende scheuen stundenlange Fußwanderungen nicht, um wieder mal einen blauen Himmel, eine blumige Wiese, ein wogendes Kornfeld zu sehen, um sich im schattigen Walde zu lagern und frei zu atmen! Warum dieses elementare Dinausdrängen? Weil schon eine nur stundenlange Entfernung aus den Mietwohnungen eine Erlösung und weil die Sehnsucht nach der Natur unausrottbar ist. Immer wieder bricht sie trotz aller Erschwernisse hervor wie ein heimliches Feuer, das kein Staub der Großstadt erlöchen kann.

Aber wie fasslich wäre es nun, etwa die Landarbeiter zu beneiden! Ganz abgesehen von ihrer größeren Unfreiheit, ihren geringeren Löhnen, ihrer Eingekerkeltheit in der Beschäftigung mit geistigen Dingen, ihrem fühlbareren Mangel an Bildungsmitteln, — wie wohnen sie? Nun, vielfach noch schlechter, noch erbärmlicher als der Stadtarbeiter! Mancher mag das für unmöglich halten; es ist dennoch so. Uns fällt gerade ein Bericht aus dem Kultusministerium über das Gesundheitswesen im preussischen Staate vom Jahre 1906 in die Hände. Dort steht: „Der Kreisarzt der Niederung traf in seinem Amtsbezirk vier aus Torfstrassen erbaute Häuser und eine Erdhütte.“ — „Daß ein einziger Raum zwei verschiedene Familien, Federvieh, Kartoffeln und Kohl beherbergt, kommt im Regierungsbezirk Bromberg auf dem Lande oft vor.“ — „Aus dem Kreise Haderleben: „Auf einem Hofe hausten in einem geräumigen Zimmer drei Ehepaare mit Kindern und ein junger Mann; eine Frau war eben entbunden, während die andere kurz vor der Entbindung stand.“ Und so weiter.

Man sieht: Stadt und Land nehmen sich nichts. Der einzige Vorteil der Landbewohner besteht vielleicht darin, daß sie die frische Luft wenigstens vor der Haustür haben. Immer auch nicht. Der Großstädter hingegen hat es leichter, sich Verstärkungen zu verschaffen und kann leichter und wohlfeiler für seinen geistigen Menschen sorgen.

Eine gründliche Reform müßte es als ihre Aufgabe betrachten, die Unnehmlichkeiten der Stadt mit den Vorteilen des Landes zu verbinden; denn die ideale Wohnung ist weder die Stadt- noch die ländliche Wohnform.

Von Bestrebungen in diesem Sinne soll der zweite Artikel handeln.

Lohnbewegung.

Zugang ist fernzuhalten nach:
Erlangen und Hann.-Münden.

8. Bezirk.

Frankenhäuser a. Pfalz. Die Sperre über die hiesigen Werkstätten bleibt nach wie vor bestehen.

Magdeburg. Mehr als zwei Jahre hielten es die Magdeburger Arbeitgeberverbände für gut, die in unserem Verband organisierten Kollegen offiziell auszusperren oder sie in den Hirsch-Dunderschen Verband zu zwingen, von dem man bei der nächsten Lohnbewegung hofft, daß er wieder, wie vor zwei Jahren, Streikbruch verübt. Dieser Terrorismus, den sich in unserm Reichsstaat Unternehmer nur einmal leisten können, hat aber ganz bestimmt nicht die erhoffte Wirkung erzielt, denn kürzlich haben nun auch die Magdeburger Scharfmacher eingesehen, daß ihr Terrorismus nicht vermocht hat, unsere Organisation zu beeinflussen, während die Hirsche nun auch in Magdeburg, wie allerwärts, sich wie Krebse fortbewegen. Selbst die Agitationsfähigkeit der Unternehmer für diese sogenannten Arbeiterorganisation hat dieses Unheil nicht abwenden können, denn Arbeiterorganisationen, die sich von den Unternehmern großfüttern lassen müssen, werden von selbstbewußten Arbeitern geachtet und gemieden.

In dieser unangenehmen Situation kam den Magdeburger Herren im Hause wie gerufen der Abschluß des Normaltarifs auf Grund dessen sie sich angeblich verpflichtet glaubten, die längst praktisch nicht mehr aufrecht zu erhaltende Sperre mit einigem Geräde von einem damit behandelten Gegenstande offiziell aufzuheben und unsere Magdeburger Organisationsleitung zu Verhandlungen darüber zu ersuchen, was nun im Interesse des Friedens zwischen unserm Verband und dem Arbeitgeberverband geschehen solle.

Dem Wunsche der Unternehmer nach Verhandlungen kamen unsere Kollegen nach und forderten einen Lohnstarif auf der Grundlage des Normaltarifs unter Berücksichtigung des Berliner Schiedsspruches bezüglich der Lohnfrage und des schon seit zwei Jahren zwischen der Magdeburger freien Innung und unserem Verband vereinbarten Tarifs, was natürlich eine Verbesserung des zwischen dem Arbeitgeberverband und den Hirschen auf Hintertreppen vor 2 Jahren zur Bemäntelung des Streikbrosches abgeschlossenen bedeutet hätte. Demgegenüber verlangten die Unternehmer nichts geringeres, als die Anerkennung des Hirsche-Tarifs unter Aufhebung einiger den Unternehmern nützlicher Bestimmungen aus dem Normaltarif. Dieses Ansuchen wurde von uns sehr verständlich ebenso wie das Anerbieten, eine unserer Mitgliederstelle entsprechende Vertretung in die Tarifkommission zu delegieren, strikte zurückgewiesen. Dagegen bebauerten die den Frieden so sehr verbessernden Unternehmer Leiber nicht in der Lage zu sein, unserer Forderung zu entsprechen, denn sie könnten doch unmöglich den Hirsche-Tarif brechen. Als wir darauf erklärten, daß die Hirsche doch zufrieden sein würden, wenn ihr Tarif noch vor Ablauf desselben verbessert würde, wandte

sich der Unternehmensvorstand zu den bisher stumm dahingehenden beiden Hirsche-Vertretern mit den charakteristischen Worten: „Nicht wahr, meine Herren, Sie lassen es doch nicht zu, daß Ihr Tarif geändert wird, ganz gleich auf welche Weise. Und diese famosen „Arbeitervertreter“ sprangen den bedrängten Unternehmern bei mit der Versicherung, daß sie an ihrem Tarif festhielten. Damit war wieder einmal bewiesen, daß diese Herren nur die Interessen der Unternehmer vertreten, denn nach dieser Erklärung war es ausgeschlossen, daß die Unternehmer in einen verbesserten Tarif willigten und wir beschränkten uns zunächst darauf, den Unternehmern die Bedeutung und Wichtigkeit der von ihnen geächteten Schutzgarde und das Verhelfen der bisherigen Aussperrung nachzuweisen.

Darauf gaben auch die Unternehmer zu, daß ihnen die nun verpuffte Sperre schwereren Kummer bereitet und nicht genügt habe und daß sie sich einen Zustand wie seit zwei Jahren nicht wieder herbeiwünschten, denn zu allem komme noch die durch die zersetzten Zustände geächtete Schutzkonkurrenz, die sie nun hofften, mit unserer Hilfe recht bald beseitigen zu können. Diese Ausführungen bestätigte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes noch durch die Bemerkung, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes schon mehrfach den Antrag auf Aufhebung der leibigen Sperre gestellt, aber diesen nicht durchdrücken vermocht habe, jedenfalls weil man sich vor der Blamage fürchtete, während man sich jetzt bequem hinter dem Normaltarif verstecken kann.

In einer Versammlung unserer Magdeburger Kollegen am 4. Juni wurde einstimmig die Stellungnahme der Leitung unserer Organisation gutgeheißen und das arbeiterfeindliche Gebaren der Hirsche-Vertreter entschieden verurteilt. Jedenfalls hat uns die ganze Affäre von neuem bewiesen, wo die Interessen unserer Kollegen gewahrt werden und unsere Magdeburger Kollegen werden dafür sorgen, daß die Bankrotterklärung der Magdeburger Hirsche, die bisher der Stolz des Arbeitgeberverbandes waren, den Unternehmern noch deutlich fühlbar wird.

6. Bezirk.

Zur Situation in Mannheim-Ludwigshafen und Umgebung. Infolge der Ertüchtigung des Schiedsspruches erfolgte die Aufnahme der Arbeit in Mannheim am 22. Mai, in Ludwigshafen am 24. Mai. In letzterem Orte deshalb einen Tag später, weil die dortigen Unternehmer eine frühere Aufnahme nicht zuließen, trotz der Anweisung ihres Hauptvorstandes. Während vor 2 Jahren nach dem 13-wöchigen Kampfe die Kollegen sofort nach Beendigung in Arbeit treten konnten, war dies dieses Mal nicht der Fall, indem noch eine Anzahl Kollegen, soweit Meldungen erfolgten (30) im Anfang der nächsten Woche erst in Arbeit kamen.

Nachdem bekannt wurde, daß in verschiedenen Städten betreffs der allgemeinen Lohnhöhe ein örtliches Abkommen mit den Meisterorganisationen getroffen war, glaubte auch die hiesige Streitleitung, diesbezügliche Schritte unternehmen zu müssen. Zu diesem Zweck ward einige Tage vor Beendigung des Kampfes eine Kommission bei dem Vorsitzenden der Meistervereine Mannheim vorstellig unter Vorlegung einer diesbezüglichen Erklärung. Herr Drexler verhielt sich zwar für seine Person ablehnend, versprach aber, das Schreiben der Meistervereine vorzulegen, was aber abgelehnt worden sein soll. Eine Antwort haben wir darauf nicht erhalten.

Die Ablehnung ist hauptsächlich auf die Ludwigshafener Meisterschaft zurückzuführen. Um so verwunderlicher kam uns die noble Haltung vor, als in einer der letzten Nummern der Süddeutschen Arbeiterzeitung zu lesen war, daß wir eine schriftliche Antwort erhalten hätten. Der Wortlaut des Schriftstückes sollte folgendermaßen lauten:

„In die
Gehilfenorganisation Mannheim-Ludwigshafen!

In der Anlage retournieren wir Ihnen das unterm 19. d. M. uns eingehende Ansuchen betreffs Vertragsabänderung des anerkannten Tarifabschlusses mit dem höflichen Bemerkten, daß Sie keinesfalls kompetent sind, irgend welche besonderen Klauseln dem Vertrage nachträglich noch hinzuzufügen, noch abzuschneiden.

Wir bemerken uns für die Zukunft ebenso höflich wie entschieden vor bezüglichen Machinationen und drücken unser Entschlossen aus, daß Sie in letzter Stunde, nachdem Sie Ordre zur Einstellung Ihrer Feindseligkeit hatten, noch den Mut finden konnten, an unsere Vereinigung derartige — gelinde gesagt — naive Anträge zu stellen. Es steht Ihnen das Recht zu, diese unsere Rückäußerung fettgedruckt in Ihrem Organ den Gehilfen bekannt zu geben.

Die Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen des süddeutschen Maler- und Tünchermeisterverbandes.

M. M.

Wir erklären demgegenüber, daß wir bis heute, den 16. Juni, noch nicht dieses Schriftstück erhalten haben, es existiert wohl nur in der Phantasie des betreffenden Schreibers. Entweder sollte es geschrieben werden und wurde aus bestimmten Gründen unterlassen, abzusehen, weil man wahrscheinlich ein Haar darin gefunden hätte, oder aber, es ist an eine ganz andere Adresse gegangen.

Bezeichnender Weise scheint auch keine Namensunterchrift zu sein als M. M. Gätten wir das Schreiben erhalten, dann wären wir sicherlich nochmals so „naiv“ gewesen, eine entsprechende Antwort darauf zu geben und auch zu bemerken, daß wir keine Klausel im Vertrag wünschten, sondern nur neben dem Vertrag ein örtliches Abkommen, wie es in Frankfurt, Nürnberg, Heidelberg auch geschlossen ist.

Wie wenig übrigens die Meistervereine Ursache hat, uns Feindseligkeiten vorzuwerfen, geht schon daraus hervor, daß man in den auswärtigen hiesigen Beitritten 200 Maler- und Tünchergehilfen nach Mannheim-Ludwigshafen sucht, trotzdem Arbeitskräfte im Überflusse am Orte vorhanden sind. Was soll aber dadurch bezweckt werden? Nichts anderes als leitens der Meistervereine die Feindseligkeiten in versterkter Weise fortzulegen, fremde Kräfte heranzuziehen und die hiesigen Gehilfen auszuschalten. Deshalb seien auch die etwa zu reisenden Kollegen gewarnt und werden ersucht, sich vorher erst auf unserm Bureau B 4 9 II. zu informieren.

Des Weiteren erscheint es auffällig, daß der bisherige paritätische städtische Arbeitsnachweis umgangen wird, um gewissermaßen auf Schleichwegen die Kollegen zu nötigen, den industriellen Scharfmachern nachzugeben, wo die Arbeiter allerlei Schikanen ausgesetzt sind. Wir haben bisher darauf verzichtet, einen eigenen Arbeitsnachweis zu

errichten und zwar im Interesse der Parität und des Friedens; durch die Feindseligkeit der Unternehmer sehen wir uns jedoch veranlaßt, ebenfalls eine andere Haltung einzunehmen und werden die nötigen Schritte hierzu veranlassen. Für heute sei einstweilen den Kollegen mitgeteilt, daß der industrielle Arbeitsnachweis in der Schweigestr. unter allen Umständen zu meiden ist. Wir erwarten, daß die organisierten Kollegen sich nicht dazu hergeben, durch Benutzung des industriellen Arbeitsnachweises unsern Kollegen in den Rücken zu fallen.

7. Bezirk.

Nachdem in den meisten Orten nun die Tarife endgültig abgeschlossen sind, zeigt es sich, daß der Durchführung derselben von der Organisation die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Troßdem in Hagenburg am 1. Juni der Tarif in Kraft zu treten hatte, ist doch in einigen Werkstätten dem noch nicht ganz entsprochen worden, so daß bereits eine Versammlung sich mit diesen Zuständen befaßt hat. Es wurde dort mit aller Deutlichkeit der Standpunkt vertreten, daß der Tarif mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zur Einführung gebracht werden muß und wurde zunächst nur beschlossen, die Tarifüberwachungskommission anzurufen.

Auch in Bahrenth hapert es in dieser Beziehung in einigen Werkstätten; hier wird diese Kommission ebenfalls Arbeit finden, um die Durchführung der tariflichen Vereinbarungen in die Wege zu leiten. In den beiden Orten wollen wir noch mit Klamen zurückhalten, allein, wenn kein Bureden hilft, so muß schließlich deutlicher geredet werden.

Tarife wurden in der letzten Zeit abgeschlossen in Hosenheim mit 44 und 40 S Bohn und 9/2stündiger Arbeitszeit und in Straubing bei 10stündiger Arbeitszeit und 37 und 32 S Lohnsatz. In beiden Orten erhalten alle Kollegen, die den Lohnsatz und darüber schon haben, 2 S die Stunde mehr. Auch sonst sind manche Verbesserungen zur Durchführung gebracht worden.

In Ansbach, wo die Kollegen die Arbeit niedergelegt haben, ist eine Einigung erzielt worden, indem die Arbeitgeber bis auf die Werkstätte des Baumeisters Simon den Tarif mit einigen unwesentlichen Abänderungen unterzeichnet haben, der Streik unserer Kollegen hat also mit einem vollen Erfolg nach Verlauf von 2 Wochen geendet.

Dasselbe kann auch von Schwabach berichtet werden. Dort legten die Kollegen die Arbeit nieder und nach eintägigem Streik hatten die Kollegen was sie wollten.

Unsbach hat nun 35 S Mindestlohn für die Kollegen, die 2 Jahre aus der Lehre sind und 40 S für die übrigen; außerdem erhielt jeder eine Aufbesserung von 3 S. In Schwabach trat der Schiedsspruch in Kraft, und erhielt jeder 1 S, der Mindestlohn stieg auf 46 S und für die unter 20 Jahre alten auf 42 S.

In Schweinfurt ist uns ein Tarif zugesandt worden, der auf Grund des Normaltarifs gedacht ist und werden uns 38 und 30 S Stundenlohn geboten. Wenn man bedenkt, daß seit 3 Jahren versucht wird, einen Tarif zustande zu bringen und die Frage jedesmal in der Hauptsache an dem Festlegen des Mindestlohnes gescheitert ist, so ist es immerhin ein Fortschritt, wenn nun die Arbeitgeber auf dem Standpunkt einer Lohngrenze stehen. Allein, dieser Lohnsatz ist entschieden zu niedrig, und wird es an der Kollegschaft von Schweinfurt liegen, ob noch mehr herauszuschlagen ist. Mit den Tünchermeistern ist die Sache auch noch nicht erledigt, und ist dies neuerdings den 3 Unparteiischen überwiesen, die den Schiedsspruch für das Baugewerbe gefällt haben.

Ladierer.

Nach der Motorkwagenfabrik Opel in Müllersheim a. Main, sowie nach Gotha (Waggonfabrik) ist der Zugang strengstens fernzuhalten.

Der Streik bei der Möbelfirma Schmeck & Diepenbrock in Allen-Essen dauert ununterbrochen fort.

Beiz. Differenzen bestehen bei der Firma Häßelbarth (Minerwagenfabrik). Zugang ist fernzuhalten.

Mannheim. Nach der Maschinenfabrik Brown & Boverie ist Zugang strengstens fernzuhalten.

Aus unserem Berufe.

Hirsch-Dundersche Interessenvertretung der Arbeiter.

Bekanntlich war der frühere Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Hirsch-Dunderschen Centralrats, Herr Goldschmidt, bei der Berliner Versammlung in der allseitigen Lage, nachzuweisen, daß auch Mitglieder des Gewerkevereins in einer Stadt bei der Lohnbewegung in Betracht kamen. Es handelte sich um Finsterwalde, ein Städtchen, in dem etwa 27 Berufskollegen beschäftigt sind. Dort hatten wir uns auch mit 7 Mitgliedern des Gewerkevereins verständigt und den Arbeitgebern unsere Forderungen gemeinschaftlich zugesandt. Die Arbeitgeber lehnten jedoch alles ab, ließen sich auch zu einer Verhandlung nicht herbei. Am Sonntag den 12. April wurde nun beschlossen, noch einen letzten Versuch zur Herbeiführung einer Verhandlung zu machen, gleichzeitig aber auch zu Montag den 20. April (2. Osterfeiertag) eine Versammlung festzusetzen, wo dann über die erste Arbeitseinstellung beschlossen werden sollte. Alles dies geschah im vollen Einverständnis mit den Mitgliedern des Gewerkevereins und auch des Vorsitzenden der Ortsgruppe der graphischen Berufe. Letzterer hatte sogar nach der Versammlung am 12. April in eine bürgerliche Zeitung eine Notiz hineinkanzelt, wonach der Streik unausbleiblich ist, wenn sich die Arbeitgeber nicht noch in der ihnen gegebenen Frist von 8 Tagen eines anderen besinnen sollten. Man konnte noch alledem billigerweise annehmen, daß die Mitglieder des Gewerkevereins in Finsterwalde mit Einverständnis ihres Ortsvorsitzenden es wirklich ernst meinen mit der Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses bezw. Schaffung eines Tarifvertrages.

Die Gewerkevereinsmitglieder hatten aber wohl die Rechnung ohne ihren Generalrat gemacht, denn am 2. Osterfeiertag, wo nunmehr über die Einstellung der Arbeit beschlossen werden sollte, erschien ein Vertreter des „hohen Mats“ und — zu Ende war die ganze Lohnbewegung mit den Ge-

Welches ist der beste Schutz, der diese Gefahr abwendet?

Der Arbeitgeber-Verband.

Welches ist insolge dessen einer der wichtigsten Punkte unserer heutigen Verhandlung?

Die Besprechung über Arbeitgeberverbände.

Aus einem anderen Beispiel ist ebenfalls ersichtlich, daß der Arbeitgeberverband für das Jahr 1907 etwas geplant hatte. In einer Versammlungsanzeige im Dezember 1906 für Oberhausen hieß es: „... um dadurch den Gefahren, die uns die kommende Zeit auf jeden Fall zeitigen wird, vereint entgegen zu treten.“

Eine Verständigung in Aachen war vollständig ausgeschlossen, da in der am 28. Februar stattgefundenen Meister-Versammlung, wozu wir geladen waren, nur an uns die Frage gerichtet wurde, ob wir den unterbreiteten Tarif anerkennen wollten oder nicht. Dies Angebot der Meister wollte den bisher gezahlten Minimallohn von 42 S in einen Normallohn von 45 S umwandeln, der aber nur an gelernte Gehülfen gezahlt werden sollte. Ferner sollten jüngere Gehülfen die ersten drei Jahre nach bestandener Lehrzeit nach Leistung bezahlt werden, was eine direkte Verschlechterung bedeutete, da früher vom 2. Gehülfenjahre ab 42 S Minimallohn und im ersten Gehülfenjahre 35 S Minimallohn bezahlt wurde. Dieses Angebot wurde von unseren Kollegen abgelehnt. Darauf beschlossen die Meister die Aussperrung, die am 1. März fast allgemein zur Durchführung gebracht wurde.

Die in Eresfeld gestellten Forderungen wurden ebenfalls mit einem Gegentarif beantwortet, der für Gehülfen über 20 Jahre einen Mindestlohn von 40 S pro Stunde vorsah. Gehülfen unter 20 Jahren sollten nach Leistung, jedoch nicht unter 35 S pro Stunde bezahlt werden. Außerdem sollte eine allgemeine Lohn-erhöhung von 2 S pro Stunde stattfinden. Gefordert war ein Mindestlohn im ersten und zweiten Gehülfenjahre von 45 S pro Stunde, und für ältere Gehülfen von 52 S. Die Empörung über dieses Angebot war groß und wurde noch dadurch gesteigert, daß hierzu noch die Genehmigung des Hauptverbandes erforderlich sein sollte, was als Verschleppungsstaktik bezeichnet wurde. Es erfolgte deshalb, ohne eine weitere Nachricht des Arbeitgeberverbandes abzuwarten, die Arbeitseinstellung, an der sich die christlich organisierten Kollegen nicht beteiligten, sondern die übliche Kündigung einreichten.

Ebenfalls mußte in Düsseldorf zur Arbeitseinstellung geschritten werden, da die Forderung annehmbare Zugeständnisse nicht machte. Der uns von der Düsseldorf-Fraktion überlieferte Entwurf zu einem Antrag zur Arbeitsordnung enthielt unter anderem folgende Punkte:

- Der normale Stundenlohn beträgt für:
 - Gesellen, die, wenn sie vor dem 31. März 1884 geboren, mindestens 2 Jahre regelrecht das Maler- und Anstreichergerwerbe erlernt haben; wenn sie nach dem 31. März 1884 geboren, eine mindestens 3-jährige Lehre und die Gesellenprüfung bestanden haben, nach dem vollendeten 21. Lebensjahre 52 S, im ersten Gesellenjahre 42 S, im 2. Gesellenjahre 45 S, im 3. Gesellenjahre 48 S, im 4. Gesellenjahre 50 S.
 - Gesellen, welche die Meisterprüfung im Maler- und Anstreichergerwerbe mit gutem Erfolge bestanden haben, 60 S.
 - Diejenigen, welche nach dem 31. März 1884 geboren, zwar eine mindestens 3-jährige Lehre im Maler- und Anstreichergerwerbe zurückgelegt, aber keine Gesellenprüfung bestanden haben, im 1. Jahre nach der Lehre 37 S, im 2. Jahre 40 S, im 3. Jahre 43 S, im 4. Jahre 45 S, nach dem vollendeten 21. Lebensjahre 48 S.
 - Ungelehrte Arbeiter erhalten als ortsüblichen Tagelohn: bis zum Alter von 18 Jahren 25 S, über 18 Jahre 40 S.

Des ferneren sollte die Erreichung dieser Bohnsätze von einer Leistungsklausel, die folgenden Wortlaut hatte, abhängig gemacht werden:

„Als normale Leistung eines Maler- und Anstreichergesellen wird verlangt: Die erforderlichen Kenntnisse zur Ausführung der Vorarbeiten sowie der fertigen Anstriche sowohl in Beim, als auch in Öl, Wachs oder Lackfarbe und die Fähigkeit, innerhalb der Arbeitszeit soviel Arbeit ordnungsmäßig fertig zu stellen als erforderlich ist, um bei Aufträgen zu den von der Innung festgesetzten, in jeder Werkstatt auszuhängenden Aufordernissen den betreffenden Tagelohn zu erzielen.“

Als nun zum Ueberflus eine angebliche Werkstattpflicht in Duisburg über den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes verhängt sein sollte, was mit Wissen der Organisationsleitung nicht geschah, wurde das Signal zum Kampfe von dem Arbeitgeberverbande in Duisburg gegeben, nachdem eine vom Gewerbeamt eingeleitete Einigungsverhandlung abgelehnt war.

In einer am 24. März in Düsseldorf stattgefundenen Versammlung des Arbeitgeberverbandes wurde beschlossen, daß der Gehülfenschaft ein sofortiges auszuarbeitender Tarif zur Unterfertigung vorgelegt werden soll und falls die Anerkennung versagt werde, die allgemeine Aussperrung am 8. April zu erfolgen hat.

Mit welchem Tamtam zu dieser Versammlung eingeladen wurde, ging aus einer Einladung der Kölner Innung und des Arbeitgeberverbandes hervor, die zufolge des noch in Kraft befindlichen Tarifs nicht in Frage kamen. Es heißt da unter anderem:

„Wollen wir weiter müßig bleiben? Wollen wir dem Ruin entgegen treiben?“

Da heißt es Farbe bekennen, da heißt es Zusammenrücken aller gegen Alle. Da heißt es auch nach dem großen Beispiele der Gehülfen keine Opfer bringen, um Großes zu erreichen. Einzeln werden wir stets geschlagen, vereint schlagen wir. Also auf zur Tat!“

Die Hand zur Verständigung wurde den Unternehmern gereicht, wir suchten um eine Verhandlung nach, die auch geführt wurde und am Charfreitag in Ebersfeld stattfand. Von einem Austausch der Meinungen konnte bei dieser Zusammenkunft aber keine Rede sein, da nach den Erklärungen uns eine Lohnerhöhung im Prinzip zugestimmt werden sollte; als wir nach der Höhe fragten, wurden 2 S pro Stunde in Aussicht gestellt, wenn wir

überall die Arbeit aufnehmen und uns verpflichteten, in keinem Orte Rheinlands und Westfalens bis zum 31. Dezember 1908 Forderungen zu stellen. Dieses Ansinnen wurde selbstverständlich von uns abgelehnt und ruhig die Aussperrung erwartet. In einem Zirkular, dem Neberke nachfolgenden Inhalts:

„Unterzeichneter erklärt hiermit ausdrücklich, daß er weder der christlichen noch der freien Gewerkschaft angehört und verpflichtet sich, die streikenden und ausgesperrten Gehülfen in keiner Weise, weder moralisch noch finanziell zu unterstützen.“ — beigelegt waren, forderte der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes die Unternehmer auf, alle Gehülfen, die obigen Neberke nicht unterschrieben, auszusperrten. In diesem Zirkular hieß es:

„Unser Arbeitgeberverband steht im Begriff, seine Feuerprobe abzulegen und wir werden sie glänzend bestehen, wenn wir nur unsere Beschlüsse und die in unseren Statuten festgelegten Verhaltensmaßregeln strikte befolgen.“

Am Schluß stand das geflügelte Wort: **Alle Mann an Bord!**

Wie obiger Beschluß durchgeführt wurde, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Als ausgesperrt meldeten sich: In Bochum 62 Kollegen, in Dortmund 155, in Ebersfeld-Warmen und Wobwinkel 242, in Hamborn 51, in Herne 15, in Oberhausen 12 und in Wielefeld 87, in Summa 624 Gehülfen. An Unterstützung wurden für die Aussperrten ganze 6363.95 A ausgezahlt. Eine gewiß recht bescheidene Summe, die mit der großen „Streikbewältigungsrede“ in Hannover schlecht in Einklang gebracht werden kann.

Mit allen möglichen Mitteln hat der Arbeitgeberverband den Kampf geführt. Beweis: die vielen schwarzen Listen, die versandt wurden, und der ausgeübte Terrorismus auf die Leitergerüstbauer und Lieferanten. So war in dem Zirkular an die Lieferanten zu lesen:

„Unser hiesiger Ortsverband hat beschlossen, diejenigen Lieferanten, welche unseren Wünschen, die ja auch in ihrem eigenen Interesse liegen, nicht nachkommen, in Zukunft bei Vergabe ihrer Aufträge nicht zu berücksichtigen.“

Was sagte Herr Wenner in Hannover zu diesem ausgeübten Terrorismus? Er führte aus: „Man hat uns zwar dieserhalb mit dem Staatsanwalt wegen Nötigung und Erpressung bedroht, aber das hat uns weiter nicht beunruhigt, im Gegenteil, eine kleine Märtyrerkrone, erworben im Verbandsinteresse, würde manchen von uns gar nicht übel stehen und ein vorzügliches Agitationsmittel sein, von dem wir den weitgehendsten Gebrauch machen würden.“ — Also trotzdem man weiß, daß es nicht erlaubt ist, wird es gemacht, da man genau weiß, daß hier nach dem berühmten Muster verfahren wird: „Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe.“

Daß die Innungen mit allen, auch unerlaubten Mitteln sich für die Durchführung des Aussperrungsbeschlusses ins Zeug legten, ergibt man aus einem Zirkular der Maler- und Anstreicher-Innungen zu Ebersfeld und Warmen, wo es heißt:

„Diejenigen Innungsmitglieder, welche während der Lohnbewegung organisiert, oder auf einer der Streik- oder Sperrelisten stehende Gehülfen beschäftigten, haben diese unberühlig, spätestens innerhalb 2 Tagen nach Aufforderung seitens der Innung zu entlassen, widrigenfalls sie in eine Strafe von 20.— für jeden Fall genommen werden.“

Es gibt leider immer noch einen Teil Nachkollegen, die da glauben, bei solchen Gelegenheiten Seide zu spinnen, ihre Stellung dauernd zu festigen und auf Kosten der Allgemeinheit höhere Löhne zu erlangen. Auch hierfür haben die Arbeitgeber gesorgt, wie aus einem in Düsseldorf versandten Zirkular hervorging:

„Arbeitswilligen Gehülfen dürfen während der Streikzeit keinerlei Zugeständnisse gemacht werden. Der Lohn ist nach den bisher üblichen Sätzen zu gewähren.“

In dem in Hannover von Herrn Wenner gehaltenen „Bewältigungs“-Referat wird gesagt: „... denn nach vierwöchentlicher Dauer der Sperre traf ein Schreiben des von der Stadt Essen eingerichteten Einigungsamtes ein, aus dem hervorging, daß die Gehülfenschaft die Vermittlung des Einigungsamtes angerufen hatte und zur abermaligen Verhandlung bereit war.“ Es waren nicht die Gehülfen, sondern die Essener Arbeitgeber. Die Herren hatten bekanntlich den Aussperrungsbeschlus nicht befolgt und als unsere Kollegen aus tatsächlichen Gründen gezwungen waren, zum Angriff überzugehen, ersuchten die Meister das Einigungsamt, vermittelnd einzugreifen. Dasselbe ist von den Arbeitersekretären gemacht worden, die in Folge ihrer Stellung häufig mit dem Beigeordneten Herrn Dr. Wielefeld zusammentamen und ihm den Vermittlungsversuch vorschlugen. Diesem vom 23. April datierten Schreiben, das Herr Dr. Wielefeld an den Arbeitgeberbund in Düsseldorf adressierte, ist es wohl zuzuschreiben, daß am 28. April in Düsseldorf verhandelt wurde, womit die Bahn zu weiteren Verhandlungen geebnet war. Die Düsseldorf-Arbeitgeber verzichteten darauf, den Minimallohn von der Gesellenprüfung abhängig zu machen, wofür wir den 31. Dezember 1908 als Endtermin eintrachteten. Am 1. Mai wurde in Düsseldorf in einer erweiterten Verhandlung, vorbehaltlich der Zustimmung des Verbandsvorstandes, der Tarif abgeschlossen und am 2. Mai unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Wielefeld in Essen für den ganzen Bezirk verhandelt. Zu einem Abschluß gelangte man, wiederum nach mehrstündiger Verhandlung am 8. Mai, und fand die Aufnahme der Arbeit im allgemeinen am 10. Mai statt.

Aus der Reihe getanzt hat unstrittbar die dem Maler- und Anstreichermeister-Innungsverband von Rheinland und Westfalen angehörende Innung in Siegen, dessen Obermeister sogar Vorstandsmitglied des Verbandes ist. Diese Herren standen ebenfalls auf dem Standpunkt, einen Minimallohn nicht anzuerkennen zu können, wurden aber durch die Arbeitseinstellung eines besseren belehrt und haben sich laut Tarifabschlus verpflichtet, einen Mindestlohn von 48 S, und unter 21 Jahren einen solchen von 45 S pro Stunde zu zahlen. Für dieses Vorgehen mit dem Abschluß nicht gewartet und die Parole „Entweder Alle oder Keiner!“ nicht beachtet zu haben, trat eine Bestrafung ein, die darin bestand, daß die Siegener Maler-Innung als unwürdig erklärt wurde, den Maler- und Anstreicher-Innungsverbandstag in ihren Mauern be-

grißen zu dürfen, trotzdem Siegen als Tagungsort gewählt war. Wie uns später berichtet wurde, haben die Siegener Meister diesen Schmerz leicht überstanden.

Zur Arbeitseinstellung kam es noch in Kall, Köln, die nach mündlicher Vereinbarung, wonach ein Lohn von 48 bis 55 S pro Stunde gezahlt werden soll, als endet erklärt wurde.

Nicht einverstanden mit den in Essen gefassten Beschlüssen, trotzdem Herr Rosenbaum als Vertreter zugegen war, erklärten sich die Arbeitgeber in Siegen, weswegen es zur Arbeitseinstellung kam. Nach 7-tägigem Streik wurden durch Vermittlung des Herrn Dr. Wielefeld streitigen Punkte erledigt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Laut Kontrollliste sind an den Streiks und Aussperrungen 2385 Mitglieder unserer Organisation beteiligt gewesen. Der Kostenaufwand betrug 44 844.91 M.

Als Erfolg ist zu verzeichnen, daß in 4 Orten Düsseldorf, Ebersfeld, Wielefeld und Kall die Arbeitszeit um 1/4 bis 6 Stunden wöchentlich verkürzt wurde. Die Verkürzung der Arbeitszeit kamen 917 Mitgliedern in 3748 Stunden wöchentlich zugute. Eine Erhöhung des Lohnes trat in allen Orten von 1.20 M bis 3 M wöchentlich ein. Unsere 2385 Mitglieder erzielten dadurch einen wöchentlichen Mehrverdienst von 4656.60 M.

Ohne Arbeitseinstellung wurden in Remscheid, Sörde, Schweiler, Ronndorf und in der Möbelfabrik Gebr. Schöndorf-Düsseldorf 2000 Arbeiter abgeschlossen, an denen 245 Kollegen beteiligt waren. Erreicht wurde für 178 Kollegen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 3 bis 6 Stunden, im ganzen 960 Stunden. 245 Kollegen erhielten eine Lohnerhöhung von 1.20 bis 2.40 M wöchentlich, demzufolge stieg der wöchentliche Mehrverdienst um 363.40 M.

Mit dem für 32 Orte gültigen Bezirksstarke bestanden für 26 Wohngebiete im 4. Bezirk Tarifverträge.

Das vergangene Jahr war mithin ein Kampfsjahr, in dem es der 4. Bezirk noch nicht erlebt hatte. Sind auch nicht alle Wünsche, die wir in fortschrittlicher und finanzieller Beziehung zu erreichen glaubten, in Erfüllung gegangen, so sind wir doch wiederum einen Schritt vorwärts gekommen. In diesem Jahre muß vornehmlich die Partei in Erfüllung gehen, die Organisation nach innen anzuheben zu stärken, woran mitzuarbeiten die heiligste Pflicht aller Mitglieder ist.

Köln.

Otto Buchelt.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Christliche Erziehung zum Sklavensinn. Wie wir vor einiger Zeit berichteten, hat der geistliche Präses eines Arbeitervereins in Allenstein eine Rede gehalten, in der er Demut, Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit als die wichtigsten Tugenden des katholischen Arbeiters hinstellte und den Streik als eine Auflehnung wider das göttliche Sittengesetz bezeichnet. Dieser stark Tobal verschmuckte selbst die ultramontane „Germania“, die da meinte, die Rede des Herrn Pfarrers sei wenig glücklich und sehr geeignet, die katholischen Arbeiter in den Lager der Sozialdemokratie zu treiben“ (abul), aber im pfeifschwarzen Trier erscheinende „Landeszeitung“ wendet sich folgendermaßen dagegen: „Darnach darf ein Pfarrer vor seinen Pfarrkindern im katholischen Arbeiterverein nicht mehr die im Christentum allen Orten geltenden Grundsätze über Demut und Bescheidenheit, Arbeitsamkeit und Mäßigkeit besprechen und den Arbeitern ans Herz legen. Dann ist es weit gekommen. Man bedenke! Pfarrer Lehmann spricht in einem katholischen Arbeiterverein. Wenn nicht einmal dort die katholischen Grundsätze ausgesprochen und vertreten werden dürfen ohne die Kritik herauszufordern, dann sieht es wahrhaftig mit der Emanzipation der katholischen Arbeiterschaft traurig aus. Ob Pfarrer Lehmann selbst wohl ein Musterbild von Anspruchslosigkeit ist? Wir kennen verschiedene Lehmannen, die trotz der von ihnen demonstriert zur Schau getragenen christlichen Grundsätze sehr begehrlig sind und den Grundsatz hulbigen: Bescheidenheit ist eine Bier, das weiter kommt man ohne ihr.“

Die christlich-nationale Gehülfenfreundschaft wird in einem Artikel der „Zeits. Volksz.“ sehr schön geschildert. Wir charakterisierten bereits die Haltung national-liberaler Blätter, die den Kommissionsbeschlüssen zum § 68 des Handelsgesetzbuches ihre Abneigung bezeugten, und zu ihnen gesellte sich nun auch die christlich-nationale Presse. Der hiedere, fromme „Reichsbote“ schreibt:

„Ein Antrag des Krankengeldes auf Kosten des Gehalts darf fortan seitens des Chefs nicht mehr stattfinden. Der Angestellte, der z. B. 175 M Gehalt empfängt, erhält beim Kranksein noch 75 bis 90 M Krankengeld. Dieser Summe vom Gehalt während des Krankseins gelungener Planmehr soll der Handlungsgehilfe während der Krankheit monatlich 250 bis 265 M erhalten, während er als Angestellter nur 175 M erhält. Damit hat das Recht auf Krankentage stipuliert und der Angestellte kann sich das Krankentage recht oft erlauben, kommt er doch dabei pekuniär viel besser fort.“

Eine unverächtliche Demagogie findet man nur selten. Fortwährend veröffentlicht die Gehülfenverbände, auch der von dem „Reichsbote“ geliebte Deutschnationale Verband, Material über die elende Lage der überwiegender Mehrheit der Handlungsgehilfen, die mit ganz erbärmlichen Gehältern von 40 bis 80 M bis tief in die zwanziger Jahre hinein sich mehr schlecht wie recht durchs Leben schlagen müssen. Um nun die kleinen Speicher vor dem Geschehen zu machen, wird ihnen das selten vorkommende Gehalt von 175 M und 90 M Krankengeld gleich als Normalfall vorgezeichnet, obwohl bekanntlich bei einem Einkommen von mehr als 2000 M nicht einmal mehr die Krankenversicherungspflicht besteht. Der „Reichsbote“ aber schreibt dann noch weiter:

„Die Regierung wird durch ihre Stellung der Zustimmung vieler kleinerer Arbeitgeber des Handelsgewerbes sicher sein; denn das Krankengeld ist am größtenenteils aus der Tasche des Arbeitgebers, und die vom Reichstag beschlossene Novelle belastet den Arbeitgeber ganz bedeutend. In der Auffassung des Reichstages liegt ein wirtschaftlich unrichtiges Prinzip und dies auf andere Wirtschaftszweige übertragen, würde

unhaltbare Folgen zeitigen, auch würden sehr bedenkliche moralische Folgen entstehen. Das ist denn doch der Gipfel! Das Blättchen behauptet, daß das Krankengeld „größtenteils“ aus der Tasche des „Arbeitgebers“ komme und unterschlägt damit die Tatsache, daß zwei Drittel der Beiträge von den Gehilfen, ein Drittel von den Unternehmern auszubringen sind. Wobei wir davon absehen, daß gerade bei den „vielen kleinen Arbeitgebern“ auch selbst dieses Drittel schon in den elenden Lohn der Gehilfen hineinkalkuliert ist. Den deutsch-nationalen Gehilfen kann man wieder einmal dazu gratulieren, wie hübsch ihre Interessen von den ihnen nahestehenden Blättern vertreten werden.

Die unter christlich-nationaler Flagge segelnden bürgerlichen Zeitungen verstehen das Lügen und Schwindeln ganz vorzüglich. Wie lange werden sich deutsche Proletarier noch die „Belehrung“ durch eine solche verlogene Sippchaft gefallen lassen?

Es gibt zwei Sorten von Nation, die hungrigen und Me latten. An diesen Geino-Bers wird man erinnert, wenn man folgende Notizen aus Londoner Zeitungen liest. Auf der letzten Hundausstellung im Kristallpalast erregte besonders der Fall ein König-Karl-Hündchen, das mit sorglich gekräuselten Locken und seidnen Schleifen auf einem Sammetbettchen lag und seine Bewunderer aus großen, runden Augen herabsehend anstierte; das lebendige Spielzeug war ungefähr sein Gewicht in Gold wert, sein Preis war auf 40 000 £ angegeben. Im Versteigerungssaal von Christie wurde eine kleine weiße Sèvres-Vase, von Duplessis mit Blumenquirlen bemalt und mit zierlichen Elefantentöpfen als Füßchen für 40 620 £ verkauft. In einem Orte bei Newcastle, wo ein Zwist zwischen Schiffbauern und Arbeitern besteht, bemerkte ein Bürger, daß keine Schweine hungrier ihre schnüffelnden Schnauzen aus dem Kober strecken, wenn sie sich in satter Seelenruhe auf dem Stroh dehnen sollten. Einmal Abends legte er sich nach der Fütterung in einen Hinterhalt und bemerkte, daß ein Mann und ein Knabe über den Baum stiegen und trotz quiekender Proteste den Inhalt des Trogs in einen Topf schoben. Der Bürger folgte den Dieben bis zu ihrem Hause und genoh durch eine Ritze der Fensterräden das hübsliche Schauspiel, daß sich eine zahlreiche Familie freudig um die Abendmahlzeit scharte, die den armen Schweinen einestohlen war. Zu Ehren des Präsidenten der französischen Republik findet in Covent Garden eine Galavorstellung statt; die Parkettplätze kosten 147 £, eine Kleinigkeit, wenn man die solchen Gelegenheiten angemessenen Toiletteausgaben in Betracht zieht. Die Theaterverwaltung sät in Erwartung großen Andranges hinzu, daß Bevorzugungen ausgeschlossen sind und daß die Willkür in strenger Gerechtigkeit nach der Reihenfolge der Meldungen ausgeteilt werden sollen. Auf Piccadilly sind zwischen Hyde-Park und Green-Park einige Mietshäuser erbaut worden, deren untere vier Stockwerke mit allen Einrichtungen der Neuzeit ausgestattet sind und an jährlicher Miete 60 000 £ kosten; das ärmlische 5. Stockwerk ist schon für 40 000 £ zu haben. Anfang dieses Monats fand in einigen Zeitungen die Anzeige, daß eine Londoner Firma in London Bader und Lagerarbeiter suche, Meldungen Freitag morgen zwischen 11 und 12 Uhr. Am Freitag morgen um 7 1/2 Uhr setzte der erste Kandidat, da die Geschäftsräume noch geschlossen waren, den Klopfer an der Tür an und fand den Firmeninhaber in Bewegung. Um 9 Uhr fanden 50 Mann vor der Türe und um 10 1/2 Uhr hatte sich eine Schaar von fast 2000 angefundnen. — Solche Tatsachen bedürfen keines Kommentars.

Arbeiterversicherung.

Die Erfolge der Selbstbehandlung in der Invalidenversicherung.

Der wertvollste Bestandteil der Invalidenversicherung, die Krankenfürsorge durch Einleitung des Heilverfahrens, nimmt erfreulicherweise in seiner Anwendung rasch zu. Nach den Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes wurden dem Heilverfahren zugeführt:

im Jahre	Personen mit einem Kostenaufwand von
1897	10 564 2 011 149 £
1900	27 427 6 210 720 "
1903	43 593 11 501 205 "
1906	66 883 16 660 445 "

In den fünf Jahren von 1897—1906 betrug die Zahl der behandelten Personen 356 884, die Höhe der Kosten 87 361 371 £.

Die erheblichen Aufwendungen legen die Frage nahe, was denn durch diese Leistungen erreicht worden ist. Das letzte Reichs-Arbeitsblatt bringt auf Grund der amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes 1907 hierüber nähere Mitteilungen. Selbstverständlich geht die Statistik der Versicherungsanstalten bei der Feststellung dieser Heilerfolge nur von dem Gesichtspunkte der durch sie wieder erlangten Erwerbsfähigkeit aus. Da es nicht genügen, die bei Abschluß des Heilverfahrens vorhandenen Erfolge festzustellen, sondern es während die in jedem Kalenderjahr erzielten Heilerfolge während fünf aufeinanderfolgender Kalenderjahre nachgeprüft. Bei der großen Bedeutung der Lungentuberkulose als Arme-Deute-Krankheit wurden die Krankheiten in die zwei großen Gruppen „Lungentuberkulose“ und „Andere Krankheiten“ eingeteilt. Auch wurden bei der vorliegenden, die Jahre 1902—1906 umfassenden Statistik nur solche Personen berücksichtigt, die einer ständigen Behandlung in Lungenheilstätten, Krankenhäusern, Bädern usw. unterworfen wurden.

Es sind demnach bei allen Versicherungsanstalten im Jahre 1906 55 588 Personen (36 313 Männer und 19 275 Frauen) in ständige Selbstbehandlung genommen worden und zwar 31 022 Personen (21 959 Männer und 9063 Frauen), also der größere Teil wegen Lungentuberkulose und 24 566 (14 954 Männer und 10 212 Frauen) wegen anderer Krankheiten. Nach Abschluß des Heilverfahrens ergab sich, daß von den wegen Lungentuberkulose behandelten Männern 82, von den Frauen 85, im Durchschnitt 83 Proz. die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt hatten. Bei den wegen anderer Krankheiten behandelten Personen wurden 82 Proz. bei beiden Geschlechtern wieder erwerbsfähig. Das sind immerhin ganz respectable Erfolge, wobei allerdings zu beachten ist, daß besonders bei Lungentuberkulose die Selbstbehandlung gewöhnlich nur ein-

geleitet wird, wenn ziemlich sichere Aussicht auf Wiederherstellung vorhanden ist.

Wie sich die sog. Anfangserfolge, d. h. direkt nach Abschluß des Heilverfahrens erzielen, in den letzten fünf Jahren gestaltet haben, geht aus folgender Uebersicht hervor: Von je 100 ständig behandelten Personen hatten nach Abschluß des Heilverfahrens die Erwerbsfähigkeit wieder erlangt:

Krankheitsgruppen u. Geschlecht	im Jahre				
der behandelten Personen	1902	1903	1904	1905	1906
A. Lungentuberkulose					
Männer allein	77	79	79	81	82
Frauen allein	80	82	81	83	85
beide Geschlechter zusammen	78	80	79	82	83
B. andere Krankheiten					
Männer allein	73	76	78	81	82
Frauen allein	77	79	82	83	82
beide Geschlechter zusammen	75	77	79	82	82

Hieraus ist zu entnehmen, daß der Prozentsatz der Anfangserfolge in einem beständigen Wachstum begriffen ist. Bei Lungentuberkulose ist die Zahl der Erfolge etwas größer als bei anderen Krankheiten. Ferner weisen die Frauen durchgängig bessere Erfolge auf als die Männer.

Nicht annähernd so günstig ist natürlich das Bild, wenn wir statt der Anfangs- die Dauererfolge ins Auge fassen. Um eine möglichst genaue Feststellung zu erhalten, wurden bei dieser Statistik zunächst alle sich einer Nachprüfung entziehenden Fälle von vornherein in Abzug gebracht, ebenso die Fälle, die eine wiederholte Selbstbehandlung notwendig machten, d. h. die letzteren wurden nur von dem neuen Heilverfahren an als besondere Fälle gezählt. Ebenso wurden die inzwischen verstorbenen Personen nicht mit berücksichtigt. Danach waren von je 100 behandelten Kranken noch erwerbsfähig:

Jahr	Lungentuberkulose am Schluß des Beobachtungsjahres					Andere Kranke am Schluß des Beobachtungsjahres				
	1.	2.	3.	4.	5.	1.	2.	3.	4.	5.
1902	73	58	50	46	42	66	55	48	46	43
1903	74	60	53	48	—	70	58	54	50	—
1904	74	62	55	—	—	71	61	56	—	—
1905	77	65	—	—	—	75	65	—	—	—
1906	79	—	—	—	—	77	—	—	—	—

Es zeigt sich hier also, daß während bei den Lungentuberkulösen die Anfangserfolge günstiger sind, die Dauererfolge bei den anderen Kranken überwiegen. So waren bei den im Jahre 1902 behandelten Lungentuberkulösen am Schluß des Behandlungsjahres 73 Proz. wieder erwerbsfähig, nach weiteren vier Jahren aber nur noch 42 Proz., während diese Zahlen bei den anderen Kranken 66 und 43 betragen. Sind diese Dauererfolge auch nicht gerade besonders glänzend, so läßt doch die Tabelle auch in dieser Hinsicht Fortschritte erkennen.

Bezüglich der Wiederholung des Heilverfahrens wird festgestellt, daß diese bei den wegen Lungentuberkulose behandelten einen größeren Umfang angenommen hat als bei anderen Kranken, wobei doch Rücksicht auf häufigsten schon im ersten Jahre nach der Behandlung auftritt. In der Periode 1902—1906 sind bei den Lungentuberkulösen im Behandlungsjahre selbst 5, im folgenden Jahre 63, im 3. Jahre 48, im 4. Jahre 30 und im 5. Jahre 18, im ganzen also 164 auf je 1000 Personen wiederholt behandelt worden. Bei den wegen andern Krankheiten behandelten Personen waren diese Zahlen 9, 57, 30, 18, 15, zusammen also 129.

Verschiedenes.

Das ist natürlich kein Terrorismus. Auf Grund einer Eingabe der weimariischen Vätermeister beschäftigte sich der dortige Landrat mit der Freiheit der Beamten und Lehrer. Der Staatsminister Dr. Nothe erklärte bei dieser Gelegenheit, daß es den staatlichen Beamten und den Lehrern nicht verweigert werden kann, sich an den Konsumvereinen als Mitglieder zu beteiligen und in den Vorstand und Aufsichtsrat einzutreten. Man würde damit geradezu Staatsbürger zweiter Klasse schaffen, wenn man den Beamten verbieten wollte, sich in gesetzmäßiger Weise die wirtschaftliche Existenz zu sichern und zu verbessern. Dann aber fügte er hinzu: „Die Staatsregierung steht auf dem Standpunkt, daß es den Beamten nicht gestattet sei, in Gemeinschaft mit Sozialdemokraten einen Verein zu leiten.“ Der Herr Minister will also seinen Untergebenen auch fernhin allergnädigst gestatten, ihr Brot und ihre Wurst und ihre sonstigen Lebensbedürfnisse in einem Konsumverein zu kaufen, weil hier nicht die Gefahr vorliegt, daß sie durch sozialdemokratische Bazillen angesteckt werden, dagegen sollen sie sich von der persönlichen Berührung mit Sozialdemokraten fernhalten, da eine Uebertragung der Bazillen von Person zu Person möglich ist.

Nun hat aber gerade in dem Vilpultreiche des Herrn Dr. Nothe der feinsinnige, sozial empfindende Professor Ernst Abbe, der ehemalige Leiter der Zeisswerke in Jena, wahlthätige Vereine ins Leben gerufen, in denen Leute aller Parteihattierungen brüderlich zusammenstehen, um soziale, kulturelle und geistliche Fragen zu lösen. Wie wirds nun damit, Herr Minister? Das liberale „Jenaeer Volksblatt“ antwortet darauf: „Wir wollen dem Herrn Minister verraten, daß sich in Jena die Beamten aus seiner Meinung nichts machen, daß es eine große Zahl angelehener Beamten in Jena gibt, die es nicht nur als ihr staatsbürgerliches Recht, sondern auch als staatsbürgerliche Pflicht ansehen, mit zu raten und zu raten in Vereinen, und daß sie mit Erfolg bestrebt waren, gerade Sozialdemokraten mit hinzuzuziehen und mit Vorstandsmännern zu helfen, weil das der Sache, dem Allgemeinwohl und dem Staatswohl förderlich war. Professoren und Beamte und sozialdemokratische Arbeiter sitzen zusammen in den Vorständen des Verschöllenvereins, des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Jenaeer Baugenossenschaft, des Vereins zur Veranstaltung von Volkshochkulturen und Volkunterhaltungsabenden ufm. Wir können dem Herrn Minister versichern, daß es sich hierbei um waschechte Sozialdemokraten handelt, und daß es, wie wir bestimmt wissen, den beteiligten Professoren ein Vergnügen ist, mit diesen Sozialdemokraten zusammen Kulturarbeit zu verrichten. Sie werden sich auch in Zukunft durch keine Ministerweisheit von dieser regenwilligen Aufkommenarbeit abbringen lassen, zumal sie

durch etwas geschützt sind, das jeder weimariische Minister anerkennen muß, nämlich durch das Statut der Carl Zeiss-Stiftung. Das Ergänzungstatut zum Statut der Carl Zeiss-Stiftung, durch das die Normen für die Unterstützung der Universität und der Universitätsfonds festgelegt sind, macht nämlich die Leistungen der Stiftung und des Fonds nicht nur davon abhängig, daß die Dozenten der Universität Jena volle Lehrtätigkeit genießen, sondern auch davon, daß sie in der Ausübung der allgemeinen staatsbürgerlichen und persönlichen Rechte nicht beschränkt sind. Will der Minister seine Worte in die Tat umsetzen, so verzieht die Duell, die bisher reichlich floß, und auf die die Universität wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft angewiesen ist.“

Das heißt also: Der Sozialist Ernst Abbe sorgte noch über seinen Tod hinaus für die Freiheit und Unabhängigkeit der Professoren und Beamten, der Herr Staatsminister will ihnen die Bewegungsfreiheit nehmen. Der Minister übt natürlich keinen Terrorismus — er schimpft aber mit Vorliebe über den Terrorismus der Sozialdemokraten.

Kostenfreien brieflichen Unterricht erteilt die Abteilung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter- stenographenbundes, Sitz Frankfurt a. M. Interessenten an allen Orten Deutschlands erhalten den brieflichen Unterricht nach genauer Anleitung schriftlich, und kostenfrei Durchsicht ihrer Arbeit durch geprüfte Lehrer. Weitere Kosten als für Porto und Materialien erwachsen den Teilnehmern nicht. Anfragen sind unter Beifügung des üblichen Portos an Louis Flach, Frankfurt a. M., Grabengasse Nr. 35 zu richten. — Bitte ausschneiden, aufheben und unter Bekannten weitergeben.

Vom Ausland.

Oesterreich. Buzua ist strengstens fernzuhalten nach: Salzburg, Veltz-Viala, Gratz, Teschen, Bieging, Abgersdorf, Mauer, Kobau, Berchtesgaden und Meran. Gelperrt sind die Waggonfabrik Nesselsdorf (Mähren); in Hinterbrühl (Niederösterreich) die Werkstätte Kalik und in Mödling die Werkstätte Neisch.

Ungarn. Gelperrt sind die Städte: Kasse, Szekesfehervar und Zemesvar. Die Fr. Schloßmühlische Eisenvergoldungsfabrik und die Anstreicherwerkstätte Joh. Felderbaum in Budapest sind gelperrt.

Schweiz. Buzua ist zu meiden nach: Arosa, Genf, Luzern, Solothurn und Schaffhausen.

Finnland. In Tawasthus sind sämtliche Kollegen in den Streik eingetreten.

Noch ein Sieg französischer Maler.

Paris, 6. Juni.

Wir hatten in Nr. 20 des „Vereins-Anzeiger“ über den Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern im Malergewerbe von Belancon kurz berichtet. Der Streik der Arbeiter hatte sich bekanntlich zur Aussperrung der Unternehmer entwickelt, die nun beendet ist.

Schon in der toten Zeit hatten die Ausreicher an der Ausarbeitung der Forderungen gearbeitet. Diese sollten mit Beginn der Arbeitsperiode den Unternehmern überreicht werden. Durch Demunziation war die Absicht der Arbeiter schon vor der Zeit zur Kenntnis der Unternehmer gelangt und dadurch war diesen Gelegenheit gegeben, sich gründlich mit den Forderungen ihrer Arbeiter zu beschäftigen. Als dann die Arbeiter ihre Forderungen den Unternehmern überreichten, wiesen sie sie ab und antworteten auf den Streik der Arbeiter mit der Aussperrung. Alle Versuche einer Einigung der legalen Körperschaften scheiterten an dem Starrsinn der prägnanten Unternehmer. So unternahm es die Arbeitskommission des Gemeindevorstandes von Belancon, den Konflikt zu lösen; die Arbeiter akzeptierten, die Unternehmer verweigerten. Sie wiesen nicht nur jeden Versuch einer Einigung zurück, sondern auch jede Begegnung, jede Berührung mit den Arbeitern. So lud der Friedensrichter — das ist durch das Gesetz gerechtfertigt — die streitenden Parteien zu einer Besöhnung ein; doch nur die Arbeiter antworteten auf diese Einladung. Da entschlossen sich die Arbeiter, die Kunden der Unternehmer auszulassen. Die Arbeiter legten den Kunden die Sachlage auseinander und baten sie, die Ausföhrung der Arbeiten von den Unternehmern zu fordern. Das wirkte. Sofort erschienen in allen Zeitungen des Departements, und selbst in den Tageszeitungen der angrenzenden Städte, Arbeitsangebote und zwar zu viel höheren Löhnen, als die Aussperrten sie forderten. Dank der Bemühungen der Arbeitsbörse von Belancon und der Bemühungen der Föderation der Maler bekamen die Unternehmer aber trotz ihrer hohen Versprechungen keinen einzigen Arbeiter.

Dieses Viaslo kühlte den Hochmut der Unternehmer beträchtlich ab, und zwar derart, daß sie selbst nun mit den Arbeitern zu unterhandeln verlangten. Und die Zugeständnisse, die sie machten, kamen der Forderung der Arbeiter in bezug auf die Lohnerhöhung, wenn nicht gleich, so doch ziemlich nahe. Sie offerierten ihren Arbeitern nun eine Lohnerhöhung von 17 1/2 Prozent, die dem geforderten Minimallohn von 50 Cent beinahe gleichkommt. Aber noch in anderer Hinsicht gewannen die Arbeiter: Während sie früher bei Landarbeit oft zwölf Stunden arbeiten mußten, ohne für mehr als zehn Stunden entschädigt zu werden, wird ihnen nun an jede Stunde bezahlt werden. Maßregelungen infolge dieses Konfliktes dürfen nicht stattfinden. Kurz, ein vollständiger Sieg, den die Kollegen vor allem ihrer geschlossenen Einigkeit verdanken, die sie während der ganzen Dauer dieses Konfliktes an den Tag legten. Acht Wochen mußte für diese Forderung gekämpft werden, dank der Wirksamkeit der Unternehmer. An den Arbeitern wird es nun liegen, durch Vervollkommnung der Organisation das Gewonnene zu behaupten und neue Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen zu erringen. S. B a b i e n.

Literatur.

Technische Anträge. Praktische Erläuterungen aller Anstrichtechniken. Von Hugo Hillig. (Bibliothek der gesamten Technik, 34. Band.) Mit 15 Abbildungen im Text. Broschüret M 8.40, in Ganzleinen gebunden M 8.80. (Hanover 1908, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung.) Jeder tüchtige Fachmann weiß, daß an die so verschiedenfach vorkommenden Anträge besondere Anforder-

rungen gestellt werden. Hauptächlich ist eine genaue Kenntnis der dazu zu verwendenden Materialien und Bindemittel nötig. Es fehlt zwar nicht in der einschlägigen Fachliteratur an guten und brauchbaren Schriften, man muß aber deren Vereinerung durch ein neues gutes Werk, wie das vorliegende bezeichnet werden kann, nur begrüßen. Das Buch behandelt ausgiebig alle Arten von Anstrichen in Öl- und Wasserfarben, Lackierungen, Spachtelungen und die dazu notwendigen Materialien und Bindemittel. Die Zusammenstellung der gebräuchlichsten und bekanntesten Fachausdrücke ist sehr anerkennenswert. Wer sich durch die gründlichen Ausführungen, die zum Teil durch die chemischen und physikalischen Erörterungen etwas langatmig erscheinen mögen, durchgearbeitet hat, wird am Schlusse zugeben müssen, daß sie in einer Schrift, die wirklich von Grund aus aufklärend wirken will, nicht fehlen dürfen. Wir können unsern Kollegen das sorgfältig bearbeitete, lehrreiche Buch bestens empfehlen.

Literarisches.

Sozialistische Neudrucke. Unter diesem gemeinsamen Titel beabsichtigt die Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, eine Reihe längst vergriffener Schriften herauszugeben, die als historische Dokumente zugleich so hohen literarischen Wert besitzen, daß sie heute noch das Interesse jedes Klassenbewußten Arbeiters verdienen und seine sozialpolitische Einsicht zu fördern geeignet sind.

Als erstes Werk dieser Sammlung ist soeben erschienen: „Der deutsche Bauernkrieg“ von Friedrich Engels mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Fr. Mehring. Preis broschiert 1.50 M., gebunden 2 M. Die erste Auflage dieser seit langen Jahren vergriffenen Schrift erschien im Jahre 1850 unter dem falschen Eindruck des weißen Schreckens. Engels hat, wie er im Vorwort zum zweiten Abdruck mitteilt, das Tatsachenmaterial dem Werke von Zimmermann über den deutschen Bauernkrieg entnommen.

Engels enthält die ökonomischen Tatsachen als die letzte Instanz der Revolution des Jahres 1525. Es sind die neuen Produktivkräfte, die an den verlebten Produktionsformen rütteln. Was aber die Schrift ganz besonders wertvoll auch für die heutige Zeit macht, das ist die Parallele, in die Engels die deutsche Revolution des Jahres 1525 mit der des Jahres 1848-49 stellt.

So wird die Schrift der deutschen Arbeiterklasse die Waffe bieten zu fräftiger Propaganda, geeignet wie keine andere, dem modernen Proletariat die deutsche Revolution in dem historischen Kern ihres Wesens lebendig zu machen, nicht nur seine historischen Kenntnisse zu erweitern, sondern auch das richtige Verständnis der Aufgaben zu schärfen, die sein heutiger Emanzipationskampf zu lösen hat.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage. Es ist unzeren Lesern schon bekannt, daß im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, eine Reihe von Abhandlungen über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erscheinen. Von dieser Sammlung ist soeben Heft 3 ausgegeben. Es enthält die sozialdemokratischen Wahlanrufe für die Reichstagswahlen von 1881, 1884, 1887. Da diese Aufrufe in die Zeit des Sozialistengesetzes fallen, dürften sie einer besonderen Beachtung sicher sein, spiegeln sie doch ein interessantes, an kämpferischem Reichtum reiches Bild der Parteigeschichte wider. Preis 1 M. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs.

Sterbetafel.

Bremerhaven. Am 28. Mai starb unser treues Mitglied Hermann v. Lienen im Alter von 29 Jahren.
Breslau. Am 16. Juni verstarb unser Kollege Julius Uhmann.
Samburg. Am 5. Juni starb infolge Unfalls unser Mitglied Gust. Kalkwasser im Alter von 31 Jahren.
Mainz. Am 6. Juni verstarb nach langem Leiden unser Kollege Joh. S. Kerner im Alter von 27 Jahren.
Worzhelm. Am 28. Mai starb an Lungenleiden unser Kollege Hermann Mündinger, 31 Jahre alt.
— Am 11. Juni verstarb unser Kollege Viktor Mörmann an Lungenleiden, 42 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken.

**Vereinstell.
Bekanntmachung.**

Resultat der Abstimmung über die Verlängerung der Tarifverträge bis zum 31. Dezember 1909.

Filialen	Zahl der Mitglieder	Für Verlängerung	Für Kündigung
Aachen	218	22	28
Bamberg	76	24	6
Berlin	5758	600	—
Bielefeld	126	105	—
Bochum	95	19	6
Bremen	971	134	60
Cassel	655	60	—
Essen	595	64	—
Dortmund	349	12	52
Duisburg	96	23	2
Düren	43	18	—
Düsseldorf	446	135	10
Elberfeld-Barmen	403	18	18
Essen	521	60	16
Hagen	110	47	2
Hamburg	2490	185	522
Lackierer S.	215	24	3
Harburg	76	48	2
Herne	20	4	—
Kiel	711	33	95
Krefeld	168	7	25
Lübeck	145	57	5
Mainz	611	—	30
München	830	31	114
Oberhausen	—	7	—
Rastatt	—	15	—
Rahlstedt	8	8	—
Spandau	146	52	—
Schwerin	55	25	—
Welsert	—	19	—
Wohwinkel	—	8	—
Würzburg	381	36	38
Summa	16823	1892	1042

Eine größere Anzahl von kleineren Filialen mit 2400 Mitgliedern haben keine Stellung zu der Verlängerung genommen und daher stillschweigend ihre Zustimmung dazu gegeben.

Nachdem die große Mehrheit der Stimmen für die Verlängerung der Tarifverträge abgegeben wurde, hat der Vorstand voraus, daß alle Filialen diesen Mehrheitsbeschluß anerkennen und so die bei uns übliche Disziplin im Interesse des Verbandes hochhalten.

Bewerbungen.

Für die beiden Provinzen Ost- und Westpreußen sollen zwei Mitglieder angestellt werden, welche nebst der Führung der Filialgeschäfte in der Lage sind, die Organisation in der Provinz betreiben zu können.

Mitglieder, welche sich um die Stellen bewerben wollen, haben bis 1. Juli d. J. eine Eingabe an den Vorstand zu richten mit Beifügung einer Lebensbeschreibung insbesondere über ihre bisherige Tätigkeit innerhalb des Verbandes resp. Arbeiterbewegung, sowie über die Aufgaben eines Filialbeamten.

Bei der Anstellung kommen die Bedingungen und Gehaltskala, welche die Generalversammlung im Beauftragte festgesetzt hat, in Frage.

Der Vorstand

Bericht der Hauptkassa vom 16.—22. Juni.

Eingekandt wurden für das 2. Quartal: Emden A 200.—; Cuxhaven 150.—; Annaberg 80.—; Eisenach 114.60; Tann 15.—; Herzfeld 10.05; Straßburg 150.—; Halle 400.—; Marburg 50.—; Danzig 400.—; Erfurt 400.60; Bremerhaven 230.—.

Berichtigung. In Nummer 24 muß es heißen statt Görlich Dauten A 100.—.

Material wurde verandt:

B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatmarken. M. M. = Markenmappen. Marktenburg 400 B. a 50 A; Bremerhaven 3200 B. a 60 A; Dresden 400 B. a 50 A; Elberfeld 6000 B. a 60 A; 3 M. M.; Erfurt 2400 B. a 60 A, 100 C.; Frankfurt a. M. 20 000 B. a 60 A, 30 D.; Mühlhausen i. Gf. 800 B. a 50 A; Kowawes 800 B. a 60 A, 10 C.; Osnabrück 400 B. a 50 A; Straßburg 100 C.; Weimar 30 C. S. W. entler, Kassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingeführte Hauptkassa Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 14.—20. Juni 1908.

Uebargschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von: Wehrle-Hamburg-St. Georg 500 Mark; Sinte-Herford 150 M.; Marthauer-Harburg a. S. 150 M.; Bachhaus-Elberfeld 150 M.; Teipel-Stettin 100 M.; Ehinger-Konstanz 100 M.; Appel-Crefeld 60 M.; Arnob-Halle a. S. 200 A; Sandahl-Boßdam 180 M.; Marktstein-München 400 M.; Levenenz-Lübeck 300 M.; Slink-Baden-Baden 100 M.; Nachow-Schwerin i. M. 80 M.

Zuschuß wurde abgekandt für die örtliche Verwaltung in Wilmersdorf bei Berlin an Freitag 100 M.

Frankenfelder erhielten Buchn. 27905 B. Weg in Doberan i. M. 12.60 M.; Buchn. 14806 S. Steffens in Melbort 17.85 M.

S. S. Wulle, Hamburg 22, Schmalenbenderstr. 17.

Mehrere tüchtige Anstreicher-Gehülfen per sofort gesucht. Clemens Henau, Maxloh, Rheinland, Provinzialstr. 41.

Rheinländische Berufskleidung ist anerkannt die Beste. 1. Verkaufsstelle: Berlin N, Brunnenstr. 119 2. " " Berlin N, Invalidenstr. 2 Eigene Fabrik. — Verkauf zu Fabrikpreisen. — Versand nach außerhalb. **Maler-Kittel:** 110 120 130 140 mit schrägen Taschen 2.25 2.50 2.60 2.75 Mark. Dreiß-Hosen und Jacken von Mk. 1.50 an.

Achtung! Kollegen! Achtung! Wo speisen unsere Hamburger Kollegen? Bei dem Kollegen Martin Aschberger, Fuhrentwiete Nr. 56, Ecke der A-B-C-Straße, Keller. Vorzügliche Küche.

Achtung Kollegen! St. Georgs bester Privat-Mittagstisch v. 12-7 Uhr beim Kollegen F. Thielemann, Hamburg, Sängereiße 82 hochp. Gute Hamburger und Holsteiner Küche.

Empfehle den Genossen mein Fremden-Logis, sowie Mittags- und Abendstisch in reichhaltiger Auswahl. Zahlstelle der Filiale Berlin und des Wahlvereins.

Hermann Stramm Berlin SO., Ritterstr. 123. 50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—. Landschaften, Blumen, Tiere, Seestücke, Damen etc. Ph. Brühl, Oeffen i. Westf.

Zum Selbstunterricht!

Neue Holz- und Marmormalereien. Serie I Holzmalerien 3. Auflage Mk. 18.00 } Druckfläche 32x48 cm. Serie II Marmormalereien 2. Auflage Mk. 15.00 } Beide Mk. 32.00. Porenrollen per Paar Mk. 6.00. — Stoff-Imitations- und Tapfapparat Mk. 8.50 und Mk. 14.50. — Tupischwämme, Pinsel für die Holz- und Marmormalerei! — Japan-Weiss für Innen und Außen Mk. 2.00 per kg. Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19. Schule für Holz- und Marmor-Imitation.

Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. Hamburg 22. Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der letzten aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahlstelle beziehen, nur 1 Mk.

Schmid-Engweller's Holz- und Marmor z. Selbstunterricht 20 Blatt (über 60 Sorten) prachtvolle Naturfarben-Drucktafeln, Vorlagen für die Kundschaft, in reichhaltig. Einteil. Leisten und G simsen etc. samt reichillustr. Textbuch mit gründlicher Anleitung Mk. 16 auch Serienweise je fünf Blatt Mk. 4.—, alles in eleganter Mappe Mk. 16. Höchste prämiert! Paris, Liege, Mailand etc. Zu beziehen bei H. Schmid-Engweller, Zürich, Erste Schweiz. Malerschule. Illustrierte Prospekte gratis. — Eintritt jederzeit.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte **Mahlers Fondin** Mahler & Co., Bamberg II. versendet gratis und franko

Malerschule in bekannter Güte, das Paar Mark 1,10 sind zu haben im Schuhgeschäft Fr. Deutsch, Hamburg, Hammerbrookstr. 10.

Malerschule von W. Schüke, Hamburg 16.



Vergrößerungen am besten und billigsten
z. B. auf Zeichenpapier 36/46 cm 46/56 cm
1.—Mk. 1.10 Mk.
(Negative gratis) liefert
Richard Swierzy, Ges. m. b. H., Berlin C., Wallstr. 89. — Telefon Amt I, 3008.
Tägl. Anerkennungen. Preisliste gratis u. franko

Lager in prima Binseln
Blondbürsten, Seitern, Farbkeßeln, Lacken, Farben, Schablonen und Pausenpapier Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solide Ware billiger Berechnung.
P. Steel, Nürnberg, Obere Wörthstr. 1A

Maler-Mäntel
nur eigenes Fabrikat und beste Qualität Umgelegt, schräge Taschen
110 120 130 140 cm lang
3.— 3.10 3.25 3.40 M.
Mützen 40 A, Kessel-Hosen 2.10 M, Dreiß-Hosen und Jacken von Seinen a 2.80 M. Extra-Größe per Stück 3.— M.
D. Wurzel & Co., Berlin
Brüdenstraße 13, I.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 25 des Korrespondenzblattes für die Berufsmächtigen und Vertrauensleute bei.
Für die Redaktion verantwortlich M. Meyer, Hamburg, Schmalenbenderstr. 17. Verlag von S. W. entler, Hamburg 22. Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 22.